

Einzelpreis 700 Mf.

Bezugspreis monatlich:
In der Geschäftsstelle 14.500.— M.
Durch Zeitungsboten 16.000.— „
die Post 16.000.— „
Ausland 24.000.— „

Redaktion und Geschäftsstelle:
Codj, Petrikauer Straße 86.
Telephon Nr. 6—86.
Postfachkonto 60.689.

Gesandte werden nur nach vorheriger
Vereinbarung gezahlt. Unverlangt ein-
geschaltete Monuskripte werden nicht auf-
bewahrt.

Freie Presse

Beerbettete deutsche Tageszeitung in Polen.

Nr. 59

Sonnabend, den 10. März 1923

6. Jahrgang

Stellungnahme des Deutschen Klubs zum Exposé des Finanzministers.

Rede des Abgeordneten Piech am 9. März.

Wohl das erste Mal seit dem Bestande des neuen polnischen Staates hat es ein verantwortlicher Minister Polens unternommen, ein großzügiges Projekt zur Sanierung der traurigen Finanzlage des Staates auszuarbeiten und dem Sejm vorzulegen. Es muß festgestellt werden, daß die Ausführungen des Herrn Finanzministers wie auch das dem Hause vorgelegte Projekt in allen Kreisen eine nachhaltige Wirkung hervorgerufen haben. Da es sich darin um eine Lebensfrage des Staates und damit um die Lebensfrage der Volkswirtschaft handelt, ist es nur zu begreiflich, daß wir dazu Stellung nehmen müssen.

Der Sanierungsplan gliedert sich: 1. in die Steuer- und 2. in die Ausgabenfrage. Der Herr Finanzminister hat das Gesetz betreffend eine in 5 Halbjahresraten zu zahlende Vermögenssteuer zur Deckung der Schuldenlast des Staates.

Was die Steuerlasten betrifft, so haben bereits die Vertreter unserer Fraktion, soweit die Beratungen in der Steuerkommission fortgeschritten sind, gegen gewisse Bestimmungen Stellung genommen, von denen wir ernstlich befürchten müssen, daß mit deren Inleben die Wurzeln des Wirtschaftslebens schwer geschädigt werden müßten.

Wenn wir auch annehmen wollen, daß die Erfordernisse des Wiederaufbaus große Mittel in Anspruch nehmen, so sind wir doch überzeugt, daß unser Staat auf einzelnen Gebieten Aufwendungen macht, die mit der Kraft seiner Bewohner nicht vereinbar sind. So zeigt das Erfordernis für das Militär eine solche hohe Summe, daß wir bei einer derartigen anhaltenden Inanspruchnahme für die militärischen Erfordernisse den schönsten theoretischen Sanierungsplan des Herrn Finanzministers nicht werden durchführen können. Zu den Steuererlassen haben wir folgende Einwendungen zu erheben: Die Gebäbesteuer nimmt auf die Größe der Wohnräume und auf die Art der Wohnungen keine Rücksicht. Ein Luxushaus mit saalartigen Räumen wird genau so behandelt, als ein Gebäude mit Kleinwohnungen, deren Inhaber nur schwer ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Die Festsetzung der Höhe der Erbschaftssteuer für Erben ersten Grades wird für die Erhaltung des ländlichen Bestandes zu einer Gefahr. Ebenso erscheint die Belastung der Bevölkerung durch die Spröj. Umsatzsteuer, die eine indirekte Steuer ist, ungeheuer. Zusammen ist das Verhalten des Herrn Finanzministers, die Einnahmen mit den Ausgaben in Einklang zu bringen, begreiflich.

Unbegreiflich aber erscheint uns der Plan, in einem Zeitraum von 2½ Jahren die ungemein hohe Staatsschuld durch Erhebung einer Vermögenssteuer zu decken. Der Herr Finanzminister hat in seinem Sanierungsplan ausgesprochen, daß die Vermögensabgabe 600 Millionen Schweizer Franken ergeben müsse. Das ist eine kolossale Summe! Vergleicht man damit die Höhe der Danina, so ergibt sich, daß die Danina nach dem damaligen Kurse 60—70 Millionen Schw. Franken ergab, während die Vermögensabgabe das 10-fache dieser Summe liefern soll. Schon die Danina hat sich als eine schwere Belastung des Grund- und Gebäudebesitzes bei den derzeitigen imaginären Werten erwiesen. Wie wird eine zehnfache Belastung dieser Wertgrundlagen ohne Erschütterung des Wirtschaftslebens möglich sein?

Die Kosten, welche der Wiederaufbau des Staates beansprucht, verbunden mit den großen Ausgaben für Sicherung der nationalen Grenzen nach dem Weltkriege, können unmöglich in einem Zeitraum von 2½ Jahren bezahlt werden. Das sind Lasten, welche eine ganze Generation zu tragen verpflichtet ist.

Der Sanierungsplan müßte sich auf einen Zeitraum von mindestens 10 Jahren erstrecken und wäre dann noch mit einer großen Belastung der polnischen Bürger verbunden. Wir haben die Empfindung, als ob der Herr Finanzminister selbst zu seinem Sanierungsprojekt kein allzu großes Vertrauen hätte, da er die Unterstützung der Familien der zur Waffenführung einberufenen Reservisten den Dienstgebern aufbürden will, weil sonst nach seiner Meinung die finanzielle Sanierung gefährdet werden könnte. Auch die Stellungnahme zu der vollkommen berechtigten Forderung der Staatsangestellten wegen Regelung ihrer absolut mangelhaften Bezüge beweist, auf wie schwachen Füßen der Finanzplan steht, der nur auf Kosten der Angestellten das Gleichgewicht im Haushalte wahren will. Die Staatsangestellten aller Kategorien, die Eisenbahnangestellten und Postler beziehen Gehälter, die mit der Entwertung des Geldes in gar keinem Verhältnis stehen. Während die Entwertung der polnischen Mark auf den 9000. Teil eingetreten ist, sind die Angestelltenbezüge durchschnittlich auf die 2000fache Höhe gestiegen. Das bedeutet eine Verabfolgung der Bezüge der Vorkriegszeit auf ein Viertel ihres Wertes. Schon damals waren die Staatsangestellten nicht auf Kosten gebettet. Welches Elend muß heute in diesen Familien herrschen! Der Staat hat heute ein Meer von Bettlern und nicht eine zufriedene Beamtenfamilie, denen die Sorge um die Existenz ihrer Familien einen großen Teil der Arbeitskraft und Arbeitslust raubt und damit ihre Arbeitsleistung herabsetzt. Eine weitere Folge dieses Vorgehens ist die Korruptionierung des Beamtenkörpers. Der Mensch muß leben. Da ihm das Amt diese Möglichkeit nicht bietet, so schafft er sich Nebeneinkünfte zum Schaden der Gesamtheit. Die Klagen über die moralische Unsicherheit unserer Staatsangestellten werden erst dann verstummen, wenn die Beamten ein Einkommen haben, das ihnen eine menschenwürdige Existenz schafft. Wir wollen weniger, aber gut bezahlte Angestellte haben.

Die weitgehenden Pläne des Herrn Finanzministers hörten sich gut an, aber es scheint uns, daß die Theorie ohne Prognostik wenig Wert haben wird und daß die erhofften Einkünfte mangels einer richtig funktionierenden Administration imaginär bleiben werden. Die Notwendigkeit der Erziehung eines für die Administration geeigneten, tüchtigen Beamtenstandes halten wir für die unentbehrliche Voraussetzung der praktischen Sanierung unseres Staates. Die Einrichtung von Beamtenhöfen, die materielle Sicherung der Beamten sind Forderungen, ohne die der schønste Plan ins Wasser fällt.

Wir Deutschen im Staate haben an der Besserung der wirtschaftlichen Lage Polens ein hervorragendes Interesse. Wir sind auch gewillt, alle möglichen Opfer für diesen Zweck zu tragen. Der Erfüllung unserer Pflichten werden wir uns nie entziehen ja, wir erfüllen sie sogar gern. Wir erwarten aber von dem polnischen Reiche, daß es uns eine gleiche Behandlung zu teil werden läßt, daß wir nicht als Bürger zweiter Klasse behandelt werden, wie in Polen nur gebildet sind. Für gleiche Pflichten — gleiche Rechte.

Die allgemein bekannte Arbeitsamkeit und Sparsamkeit der Deutschen sowie der seit Hunderten von Jahren bewiesene Unternehmungsgest und Energie der deutschen Industriellen in Polen, welche nicht wenig zur Entwicklung der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft in Polen und damit zum Wohlstand des Staates beigetragen haben, werden uns auch weiterhin ein leuchtendes Vorbild sein. Nur auf diese Weise, d. h. durch Sparsamkeit, gute Wirtschaft und vor allen Dingen ausdauernde Arbeit werden wir eine feste Grundlage zur gründlichen Sanierung der Finanzen unseres Staates schaffen.

Die neuen Befehungen durch Frankreich.

(Von unserem Korrespondenten.)

A. Z. Darmstadt, 6. März.

Das Frankreich der Jahre 1789 ist längst nicht mehr. In den Köpfen der Pariser Politiker von heute spielen die Pläne der Revolution, Delacroix und Clemenceau. Das Streben der Militärs nach der militärischen Vorherrschaft in Europa und das der profitgierigen Schwerindustriellen nach der wirtschaftlichen Vorherrschaft in der Welt haben in ihrem Zusammenwirken jene Katastrophe erzeugt, die ganz Europa ins Verderben zu stürzen droht. Kein geringerer als Rittl hat erneut auf das Verderbliche der französischen Politik hingewiesen, die durch weitere Befehungen von deutschen Gebieten das deutsche Volk zum Verlassen des passiven Widerstandes zu provozieren sucht, um dann Grund zu haben, den „widererwartenden deutschen Militarismus“ niederzuschlagen und sich dauernd zur Sicherung der produktiven Pfänder im Rheingebiet niederzulassen.

Nachdem die Franzosen vor kurzem die unbefestigten Sirenen des rechten Rheinufer unterhalb Mainz wieder rechtlich besetzt hatten, um eine durch die englische Besatzungszone nicht behinderte Verbindung nach dem Ruhrgebiet zu bekommen, haben sie jetzt versucht, den großen rechtsrheinischen Verkehrsweg von Frankfurt nach dem Süden in die Hände zu bekommen. In Mannheim und Karlsruhe sind die Hafenanlagen, in Darmstadt die Bahnanlagen besetzt worden. In Darmstadt wie in den anderen unbefestigten Städten haben sich die Arbeiter und Angestellten geweigert, unter französischen Bajonetten zu arbeiten. Die von Darmstadt ausstrahlenden Eisenbahnverbindungen waren kurze Zeit unterbrochen; sie wurden jedoch wieder aufgenommen, als sich die Franzosen nur auf die militärische Besetzung der Eisenbahnwerkstätten und des Güterbahnhofs beschränkten. Die Stärke der Besatzungstruppen beträgt ungefähr 200 Mann Kolonialtruppen sowie 20—40 weiße Franzosen. Als Beute ist den Franzosen auf dem Haupt- und Güterbahnhof eine größere hier lagernde Menge von Betriebsstoffe in die Hände gefallen. Das Abfangen von Rohlen-transporten, auf die es die Eindringlinge ganz besonders abgesehen haben, ist ihnen nicht gelungen, da die Eisenbahnverwaltung bereits Kenntnis von der drohenden Besetzung hatte und die Rohlentransporte noch rechtzeitig umleiten konnte.

Durch diese weitere Besetzung deutscher Gebiete (der bekanntlich inzwischen bereits andere Besetzungen gefolgt sind. Die Schrift.) haben sich die Franzosen einen erneuten Vorstoß zuschulden kommen lassen, der nicht nur in Deutschland, sondern auch in der übrigen Welt ein lautes Echo gefunden hat. Bereits Italien, das durch seine Zustimmung in der Reparationskommission den Angreibern noch möglich machte, beginnt misstrauisch zu werden. Die meisten Blätter verlangen von der Regierung, daß sie mit größter Aufmerksamkeit das Ruhrgebiet verfolge, denn Italien braucht die Ruhrkohle jetzt nötiger als je. In Zeitartikeln werden die Übergriffe des von den Verbündeten emanzipierten französischen Imperialismus mit allen Gefahren für die Unabhängigkeit des übrigen Europa beleuchtet. Daß Frankreich über diese Presse-angeregungen seines Verbündeten nicht sehr erbaunt ist, läßt sich leicht denken. Die Stimmen der englischen Opposition, die auf eine Änderung der englischen Haltung in der europäischen Politik hinarbeiten, sind durch die weiteren Befehungen, sowie durch das anerkannte Vorgehen der Franzosen in Bezug auf ganz erheblich verstärkt worden. Es ist bezeichnend, daß der englische Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Curzon, in einer kürzlich gehaltenen Rede ausdrücklich erklärte, er glaube, daß die öffentliche Meinung Englands mit der Regierung der Ansicht sei, daß der militärische Einmarsch ins Ruhrgebiet „auf jeden Fall unzulässig war.“ Diese Rede hat in Paris lebhaft Verurteilung hervorgerufen und einige Blätter, wie „Le Temps“, bezeichnen sie als eine neue Orientierung in der englischen Politik, die

Das Wichtigste im Blatt:

Dollar = 42,700 poln. Mark.

Stellungnahme des Deutschen Klubs zum Exposé des Finanzministers.

Der Chef der Sektion für nationale Minderheitenfragen beim Völkerbund, in Warschau.

Eine aufsehenerregende Erklärung Lord Robert Cecil's gegen Frankreich.

seinen Zweifel darüber lasse, welche Richtung die englische Politik nehmen werde. Lord Georges führt weiter seinen Pressefeldzug gegen Boincarré und Frankreich. In einem seiner Artikel (den wir in der Donnerstag Ausgabe der „S. F. P.“ inhaltlich wiedergaben. Die Schrift) stellt er ganz offen fest, was Frankreich im Ruhrgebiet sucht: „Es fehlt nicht an Anzeichen, daß Frankreich die Absicht, Reparationen zu erlangen, längst aufgegeben hat und daß es danach trachtet, eine Plünderung von ungeheurem Umfange zu begehen.“

„Bis hierher und nicht weiter!“

Berlin, 8. März. Die Berliner Presse berichtet über eine Rede, die Lord Robert Cecil in Siemenage hielt und in der er u. a. erklärte: „Jetzt ist der Augenblick gekommen, wo England Frankreich gegenüber entscheiden erklären muß: „Bis hierher und nicht weiter!“ Lord Cecil stellte fest, daß eine derartige Erklärung die Pflicht Englands gegenüber Europa sei.

Bajonette gegen Frauen.

Eine französische Ruhmestadt

Von Augenzeugen wird folgendes aus Essen berichtet: Am 26. Februar, nachmittags 4 Uhr, versammelten sich im kleinen Saale des im südlichen Stadtteile von Essen belegenen Restaurants Rappenhöhe etwa 150 Damen der Ortsgruppe Essen des Deutschen Frauenbundes, der sich die Kinderfürsorge und andere soziale Betätigung zum Ziele gesetzt hat, zu einer Besprechung deren Zweck es war, Mittel und Wege zu finden, die Kinder unmittelbarer Kreise durch Nahrungsmittelversorgung aus deutscher Hand davor zu bewahren, daß sie sich aus französischen Heilbädern greifen erbetteln.

Nach vor Eintritt in die Tagesordnung öffnet sich plötzlich die Saaltür, und herein tritt ein französischer Offizier, gefolgt von einem Duzend Soldaten, die z. T. ihren Revolver, z. T. ihre auf die Gewehre aufgestellten Bajonette den Damen entgegenhalten. Der Offizier ruft in wütendem Tone: „Hände hoch! und macht dann in französischer Sprache bekannt, daß der Saal sofort geräumt werden müsse. Als Erklärung führt er das Wort „politisch“ hinzu. Nun drängen die Soldaten, die inzwischen auf beiden Seiten des Saales die Damen umstellt haben, diese unter Bedrohung mit den Waffen, marschieren am Armel lassend, dem Ausgang zu, immer rufend: „Schnell, schnell, fort!“ Die Damen, darunter viele im Alter von 60 bis 70 Jahren, die ausnahmslos der aufregenden und peinlichen Lage gegenüber eine bewundernswerte eisernen Ruhe und Würde bewahren, sehen nur mit Mühe bei dem Offizier durch, daß sie wenigstens erst noch ihre Mäntel und Schirme mitnehmen dürfen, ehe sie hinaus in den Regen gedrängt werden. Auf der Treppe müssen sie zwischen zwei Reihen von auf sie gerichteten Bajonetten hindurch, um zunächst im Hausflur noch einige Zeit festgehalten zu werden, bis der Saal, natürlich völlig ergebnislos, nach etwa belästigenden Schritten durchsucht ist. Als sich ihnen sodann die Ausgangstür endlich öffnet, sehen sie zu ihrem weiteren Schrecken und Entsetzen, daß die ganze Straße von Militär abgesperrt ist, zwei Maschinen-gewehre in Stellung gebracht und mit zur Bedienung bereiten Soldaten in kniender Haltung besetzt sind. Vor jeder Haustür steht ein Wachen, der das Öffnen der Fenster durch Bedrohung mit Schießen verhindert. Unter Schreien schreien die harmlosen Damen durch die von Waffen starrende Gasse, an deren Ende sie sodann von der inzwischen abrückenden, acht Maschinengewehre bei sich tragenden Kompanie eingeholt werden, deren Leute selbst im Lächeln über die sonderbare Geldentat nicht verberren können. Väterlicher konnte sich die französische Soldateska wohl kaum machen, als daß sie bewies, daß sie zur Auseinandersetzung von 150 Rassen trinkenden deutschen Frauen ein derartiges Waffenaufgebot nötig zu haben glaubte.

Eindrücke eines Holländers im Ruhrgebiet.

Polen und Deutsche solidarisch.

Der Sonderberichterstatter des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ veröffentlicht einen Aufsatz über seine Beobachtungen auf einer Reise im Ruhrgebiet. Was auf ihn den tiefsten Eindruck gemacht habe, sei die auch in den Arbeiterkreisen einfließende ungeheure Erregung gegen die Franzosen. Die Großindustriellen seien schon eher zum Nachgeben geneigt (?). Der Mittelstand cheine die meiste Befürchtung zu hegen. Die Arbeiter aber seien unerträglich und rücksichtslos in ihrem Haß. Diese Meinung bestärke bei den Beobachtungen der Tage. Die Arbeiter seien anscheinend schon über den Punkt hinaus, wo sie sich noch durch Einbittungen jermühen lassen würden. Entbehrungen würden sie kaum zur Verzweiflung und zur Verzweiflungsfahrt treiben. Zu der Haltung der Franzosen, vor allem der Soldaten, sei zu bemerken, daß sie sich über die Lage vollkommen klar seien. Man schändete bei dem Gedanken, was alles geschehen könne, wenn es zu einem Zusammen-

stoß käme. Die größte Sorge sei noch vorhandenen deutschen Behörden sei, die Leidenschaft des Volkes zu zügeln. Das sei die bedenklichste Seite der Angelegenheit, daß durch die Verhaftungen eine Anzahl Männer, die gerade Autorität genug besäßen, die Erregung zu zügeln, fortgeführt worden wäre. Die Ruhrkommission seien in erster Linie ein Kampf der Arbeiter geworden; diese hätten seit langem schon die Führung übernommen. Der Korrespondent fährt fort, die Franzosen wagten noch nicht, dem Haß der Fabrik- und Bergarbeiter zu trotzen: das sei auch praktisch fast unmöglich, da die Bergarbeiterkolonnen sich über das ganze flache Land verbreiten; Alles sei solidarisch, auch die Polen. Dieser Front könnte gegenwärtig niemand widerstehen. Von einer Uneinigkeit unter den Arbeitern sei nichts zu bemerken. Zwischenfälle, die sich mit der wachsenden Nervosität der französischen Truppen vermehren, erhöhten noch die Erbitterung. Es heißt dann wörtlich: „Ich besuchte während des Krieges wiederholt die besetzten Städte; niemals fand ich eine Stimmung, wie sie jetzt in Essen herrscht. In Bochum wird die Stimmung immer wieder erregt, weil dort stets neue Gelegenheiten kommen, Schlachtopfer der Besetzung zu billigen. Am Donnerstag erlebte ich in Bochum, wie ein solcher Fall ohne alle Rechtfertigung geschaffen wurde. Der Fall war empörend.“ Ausfichten auf eine Beilegung des Konflikts vermag der Berichterstatter nicht zu sehen. Der kritische Punkt sei die Ernährungsfrage. Die Franzosen könnten in dieser Beziehung eine Störung herbeiführen. Das würde aber nicht zur Kapitulation, sondern nur zur Katastrophe führen. Es sehe aus, als ob man noch am Beginn des Kampfes stünde. Wie auch der Ausgang sein werde, Geld werde Frankreich nicht erhalten.

Ein politischer Zwischenfall auf der Leipziger Messe.

Ein Belgier schlägt auf einen Engländer.

Leipzig, 7. März. Trotz des ausdrücklichen Verbotes des Leipziger Messeamtes, daß Franzosen und Belgier vom Besuch der Frühjahrsmesse ausgeschlossen, ist es einem belgischen Einkäufer gelungen, sich einzuschmuggeln. Gestern abend ging dieser Belgier, ein gewisser Jossart, mit einem Schweizer, laut französisch sprechend, die Straße entlang. Ein Engländer, der die beiden für Franzosen hielt, machte eine abfällige Bemerkung. Raum war der Engländer wenige Schritte an den beiden vorüber, als ein Schuß fiel, der den Engländer in den Fuß traf. Während Passanten sich um ihn bemühten, verfolgte ein Herr die beiden und ließ sie festnehmen. Der Belgier bestreitet auf der Polizeiwache, geschossen zu haben, wurde aber durch Augenzeugen überführt. In seiner Manteltasche fand man noch eine Patrone, die Waffe hat er wahrscheinlich fortgeworfen. Der Belgier und der Schweizer wurden gegen hohe Kaution aus der Haft entlassen.

Die finanzielle Not Polens.

IV.

Der Entwurf für die Gewerbesteuer.

Von

Dipl. Ing. Emil Zerbe, Sejmabgeordneter.

Es liegt im Sejm ein neuer Gewerbesteuerentwurf zur Beratung vor, der grundlegende Änderungen der gleichnamigen Gesetze vom 6. Juli 1920 und 17. Dezember 1921 aufweist. Die oben erwähnten Gesetze, die sich auf das alte russische Gewerbesteuergesetz vom Jahre 1898 aufbauen, sehen zwei Arten der Besteuerung vor: 1. grundlegende Steuer, vom Staate durch Verkauf von Gewerbescheinen (Patenten), je nach Städteklasse und Art der Unternehmungen eingezogen, und 2. Prozentsteuer vom Gewinn, von 1 bis 9 Prozent für die zu keiner Abgabe öffentlicher Anlagen verpflichteten Unternehmungen, und von 3,5 bis 12,5 Prozent für die der öffentlichen Rechnungslegung unterliegenden Firmen. Der Entwurf des neuen Steuergesetzes, das schon im Jahre 1923 Gültigkeit haben soll, bricht mit der Einteilung der Gewerbesteuer in eine Grund- und eine Zusatzsteuer vom Gewinn und sieht dafür nur die Besteuerung vom Umsatz vor. Es ist dies eine grundlegende Neuerung im Gesetze. Die offizielle Bezeichnung der neuen Gesetzesvorlage als Gewerbesteuer ist somit falsch, denn wir haben es hier in Wirklichkeit nur mit einer Umsatzsteuer zu tun. Und unter diesem Gesichtswinkel muß sie betrachtet werden.

Als Grundlage zur Steuerberechnung dient der durch Unternehmungen und gewerbliche Tätigkeit halbjährlich im Steuerjahre erzielte Umsatz. Der Steuerlosh beträgt für alle Unternehmungen und gewerbliche Tätigkeit ohne Rücksicht auf Umsatz und Art 2 Prozent von der Umsatzsumme. Er erhöht sich nur bei Bankgeschäften auf 5 Prozent.

Die Anzahlung geschieht durch Verkauf der Gewerbescheine in den Monaten November und Dezember des dem Steuerjahre vorangehenden Jahres, der Rest in Form einer halbjährlichen Nachzahlung in den Monaten Januar und Juli des Steuerjahres. Die Anzahlung durch die Gewerbescheine wird somit der halbjährlichen Umsatzsteuer halb auf halb zu gute geschrieben.

Als Ausnahme gelten:

a) Unternehmungen für Hausierhandel, für Markthandel,

Agenten und Reisende, alle Handelsvermittler, sobald sie keine Büros unterhalten;

b) selbständige freie Berufe.

Die ersten zahlen die Steuer in Form der Gewerbe-

steuer, die anderen nur als Steuer vom Umsatz. Der Umsatzsteuer unterliegen alle gegen Entgelt ausgeführten Lieferungen und Leistungen derjenigen natürlichen und juristischen Personen, die eine gewerbliche selbständige berufliche Tätigkeit mit Einschlag des Handels und der Verwertung betreiben. Steuerpflichtig ist nicht nur der Industrielle und Kaufmann, sondern auch der Handwerker und Gewerbetreibende, ebenso der Arzt, der Rechtsanwalt und Architekt für jede von ihm gegen Bezahlung ausgeführte Leistung oder Leistung. Dem Steuerpflichtigen ist es nicht gestattet, dem Abnehmer die Steuer gesondert in Rechnung zu stellen. Sie ist vielmehr von vornherein in den Warenpreis hinein zu kalkulieren.

Als steuerpflichtiger Umsatz wird die Einnahmensumme brutto, d. h. der Einnahmenertrag ohne Abzug der Kosten angesehen. In der Staatsumsatzsteuer haben die Selbstverwaltungskörper das Recht, einen Steuerzuschlag in der Höhe von bis 0,5 Prozent der Umsatzsumme oder bis zu 50 Prozent des Gewerbesteuerpreises für sich einzusetzen. Frei von der Umsatzsteuer sind Staatsbetriebe, öffentliche sowie kulturelle Einrichtungen und Landwirtschaften mit Ausnahme der gewerblich betriebenen.

Die Abgabe der Steuererklärung hat in vorgeschriebener Weise zwei Mal im Jahre zu erfolgen: für das erste Kalenderhalbjahr vom 1. Juli bis 1. August, für das zweite vom 1. Januar bis 1. Februar des folgenden Jahres. Acht Tage nach der Steuererklärung muß die Zahlung geleistet werden, sonst kommen 10 Prozent monatliche Zinsen hinzu.

Die Anzahlung in Form der Gewerbescheine ist im Entwurf in folgender Weise vorgesehien:

In der Stadt Lodz (1. Städteklasse) für ein Handelspatent 1. Kategorie 5 000 000 Mark, 2. — 1 250 000, 3. — 250 000, 4. — 100 000; für einen Gewerbeschein 1. Kategorie 15 000 000 Mark, 2. — 10 000 000, 3. — 5 000 000, 4. — 1 500 000, 5. — 500 000, 6. — 250 000, 7. — 120 000, 8. — 50 000 Mark.

In den Städten 2. Klasse, wie Pabianice, Piotrkow, Plock, Tomaszow, Wloclawek usw.: für ein Handelspatent 1. Kategorie 5 000 000 Mark, 2. — 1 000 000, 3. — 200 000, 4. — 80 000 Mark; für einen Gewerbeschein 1., 2., 3., 4. und 5. Kategorie gelten dieselben Sätze wie für Lodz, 6. Kategorie 200 000, 7. — 100 000, 8. — 40 000 Mark. Für die anderen Städteklassen sind entsprechend kleinere Zahlungen vorgesehen.

Den Selbstverwaltungskörpern soll das Recht zugesprochen werden, die der staatlichen Umsatzsteuer unterliegenden Unternehmungen für ihre Zwecke bis 0,5 Prozent von der Umsatzsumme zu bevormunden. Als Anzahlung für diese Gemeindesteuer sollen 25 Prozent von der Patentgebühr, die der staatlichen Zahlung hinzuzuberechnen, gelten.

Uebrigens zur Begutachtung des neuen Entwurfes, muß festgestellt werden, daß der Umsatz als Grundlage der Besteuerung gute und schlechte Eigenschaften besitzt. Beginnen wir von den ersten.

Der neuerliche Vorteil der Besteuerung vom Umsatz ist in unserem stehenden staatsrechtlichen Aufbau nicht so ohne weiteres abzuleugnen. Allgemein nehmend, ist es leichter im Unternehmen die Umsatzsumme festzustellen als den Reingewinn zu berechnen, oder — negativ ausgedrückt: es ist leichter, den Reingewinn als den Umsatz vor der Besteuerung zu verstecken. Die kleinen Unternehmungen zeigen aber auch bei dieser Form der Besteuerung dieselben steuerrechtlichen Schwierigkeiten.

In fiskalischer Hinsicht ist ein Vorteil in der Steuerelastizität zu erblicken, da die Steuern automatisch mit der Vergrößerung des Umsatzes steigen und dadurch teilweise unabhängig von den Wertschätzungen werden.

Diesen Vorteilen stehen ungleich größere Nachteile gegenüber. Schon das russische Steuerrecht war durch seine Klasseneinteilung der Unternehmungen nicht auf der Höhe. Die Regierung übernahm in den neuen Entwurf der Gewerbesteuer aus dem russischen Gesetze nur die ungerechte Steuerform der Anzahlung auf die Gewerbesteuer; die Gewerbesteuer macht sie dagegen zu einer Umsatzsteuer, also zu einer indirekten Steuer. Wenn auch die Regierung bemerkt ist, die Gewerbesteuer als eine direkte Steuer hinzustellen, so steht dem doch die Gesetzesvorschrift gegenüber, die Steuer von vornherein in den Warenpreis einzukalkulieren. Die Umsatzsteuer ist das Ideal einer Schöpfmethode, mit welcher sich Milliarden aus den breiten Schichten der Konsumenten herausziehen lassen. So will das neue Gesetz weit über 800 Milliarden (nach dem heutigen Markstand gerechnet) herausziehen. Der neue Entwurf sieht eine Steuer von 2 Prozent auf jeden Umsatz vor. Das heißt also, daß die Steuer durch einen Aufschlag jedesmal vom Verkäufer auf den Käufer und so zuletzt auf den Verbraucher abgewälzt wird. Man bedenke, was es zum Beispiel bedeutet, wenn man sich einen Anzug kauft, gleichviel ob Arbeiter, Bauer, Lehrer oder Beamter. Die Rohstoffe, wie Wolle, werden an die Spinnerei, an die Weberei und dann an die Färberei und Appretur gegeben. In jedem einzelnen Falle werden die Arbeitslöhne, der Gewinn und dazu noch die 2 Prozent Umsatzsteuer vom jeweiligen Werte hinzugezählt. Wohlgemerkt: diese Prozedur wiederholt sich schon dreimal. Der hergestellte Stoff geht mit 2 Prozent Steuer vom Werte weiter durch einen oder mehrere Zwischenhändler — überall wiederholt sich dasselbe Spiel mit

Gewinn, Zinsen und 2 Prozent vom Umsatz — an den Schweizer, der noch 2 Prozent auf den endgültigen Preis aufschlägt. So, und nun hat man als Konsument das zweifelhafte Vergnügen, die mehrfach in den Preis einfließenden Steuerbeträge zu bezahlen!

Wieviel einfacher und billiger hat es da ein Unternehmer, der den Produktionsprozess vom Roh- bis zum Fertigprodukt in der Hand hat; dieses kann alle Steuerzuschläge, die beim Kleinfabrikat zu zahlen wären, sowie die Zwischengewinne sämtlich für sich als Gewinn buchen. Kein Wunder, daß es dann dem Handwerker und Unternehmer einer Teilproduktion immer schwieriger wird, zu existieren.

Das oben angeführte Beispiel läßt sich ohne Schwierigkeit für sämtliche Industriezweige anführen. Die Begründung dafür läßt sich ableiten aus der Steueranalogie; ist dieselbe direkt, so wird der Steuerzahler belastet laut Steuerfähigkeit, sonst bei indirekter Veranlagung — tragen die breiten Schichten der Käufer sämtliche auf sie abgewälzten Lasten.

Schon aus der Erwägung heraus, daß die indirekte Besteuerung den Bogen der Steuerbelastung der breiten Volksschichten überspannen und sie so in ein unbeschreibliches Elend stürzen könnte, muß verlangt werden, daß die direkte Besteuerung, und nur sie ausgebaut wird. Dieser steht die Mehrheit im Sejm nicht auf diesem Standpunkte, denn ihr ist jedes Mittel, zu Staatseinnahmen zu gelangen, sollte dies auch die Lebensfähigkeit der breiten Volksschichten untergraben, angenehm.

Um die Interessen der Volksminderheiten in Polen.

Wie polnische Blätter berichten, weilt zurzeit Herr Colban, Chef der Sektion für nationale Minderheitsfragen beim Völkerbund, in Warschau.

Nach der Schrift: Man wird wohl kaum fehlgehen in der Annahme, daß der Besuch des hohen Völkerbundgastes Besprechungen mit den zuständigen amtlichen Stellen zum Zwecke hat, die für uns Deutschen Polens von hoher Bedeutung sein können.

Seit Mittwoch weilt der neuernannte Völkerbundskommissar für die Freie Stadt Danzig Mac Donnell, in Warschau, wo er beim Staatschef und der Regierung seine Antrittsbesuche abstattet.

Die Litauer in Memel.

Memel, 8. März. (Pat.) Im Memeler Amtsblatt erschien eine Verordnung des Landesdirektoriums, die sich auf die Einführung der litauischen Währung neben der deutschen im Memelgebiet bezieht. Mit dem Tage des 10. März tritt im Memelgebiet der litauische Zolltarif in Kraft. Außerdem wurde zwischen der litauischen Regierung und dem Direktorium von Memel ein Vertrag geschlossen, der die Übergabe der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverwaltung in Memel an die litauische Regierung vorsieht.

Denken Sie daran,

die jälligen Bezugsgebühren zu entrichten. Unseren Lesern, die mit den Gebühren im Rückstand sind, können wir nach Ablauf des Monats die Zeitung nicht mehr liefern.

Dornen und Disteln.

An einem der letzten Sonntage fand in der Aula der Warschauer Universität eine durch den Senat veranstaltete Festlichkeit zu Ehren Copernicus' statt. Auf dieser Feier wurde der vor 450 Jahren geborene Astronom von der philosophischen Fakultät zum Ehren doktor ernannt.

Der Einfall, großen Persönlichkeiten das Doktorat zu verleihen, ist so vorzüglich, daß man ihn nur freudig begrüßen kann, eröffnet er doch ein weites Betätigungsfeld für die ehrendoktorwürde Warschauer alma mater. Wie wäre es, wenn sie den Dokortitel auch unsern Stammvater Adam oder der Stammvater Eva verleihen würde? Und ist Noah, der die Herstellung des Weins erfand, nicht eines Dokortitels wert? Und Moses und Konstantin, Sokrates und Cicero, Alexander der Große und noch unzählige andere Große der Vergangenheit — sind sie des Dokortitels nicht würdig? Was tuts, daß die Warschauer Universität zu ihren Ehrentiteln noch nicht bestanden hat — auch zu Copernicus' Zeiten war sie noch nicht vorhanden.

Ein Freund des „Polsker Tageblatts“ schreibt diesem Blatte:

Für einen jungen Mann, der schon seit längerer Zeit die Schule nicht mehr besucht, für den also die großen Ferien nicht in Frage kommen, wurden im vergangenen Jahre in Polen folgende Pensumspreise gezahlt: Januar 14 000 M., Februar 15 000 M., März und April je 18 000 M., Mai 20 000 M., Juni 22 000 M., Juli und August je 25 000 M., September 37 000 M., Oktober 44 000 M., November 50 000 M., Dezember 60 000 M.

Parlamentsnachrichten.

Sejm.

Sitzung vom 9. März.

Die Anträge um Einstellung des Strafverfahrens gegen die Abgeordneten Komarowicz, Bobrowski, Paszkowski, Brislupie, Ronger und Szapiel werden angenommen.

Die Abg. Sotolnicka (Nat. Volksp.) referiert über die Ausdehnung des Gesetzes von den akademischen Schulen auf die Akademie der schönen Künste in Krakau. Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. Dieselbe Abgeordnete referiert über das Emeritursgesetz der Polen, die ihre Emeritur in deutschen Diensten erworben haben, sowie der Witwen und Weisen der Beamten aus dem preussischen Dienst. Die diesbezüglichen Beschlüsse der Verwaltungskommission wurden angenommen.

Man schreitet zur weiteren Diskussion über das Gesetz von der Aufbesserung der Staatsfinanzen.

Abg. Pfarer Siko verlangt Steuererleichterungen für die öffentlichen Wohlfahrtsanstalten.

Abg. Chondynski lobt den Entwurf des Berechnungsfaktors und den Plan des Finanzministers. Redner kritisiert das Bestreben der Regierung zur Verminderung des Beamtenheeres und dessen besseren Besoldung.

Abg. Ruzicki: Das Gesetz führt eigentlich ein System der dreifachen Währung ein: den dem Schweizer Franken gleichen Zloty, den den Großpreisen gleichen Zloty und schließlich die Mark. Es muß geprüft werden, ob der Berechnungsfaktor auf Grund von Warenpreisen im Großverkauf nicht genügen würde. Eine Steigerung der Ausbeute der Arbeit ist notwendig.

Abg. Piesch: (dessen ausführliche Rede bringen wir auf der ersten Seite der heutigen Nummer unseres Blattes).

Abg. Sypaciewicz: Die Kammer kann und sollte das Gesetz über die Aufbesserung der Staatsfinanzen annehmen. Redner mündet sich über die Opposition gegen den Entwurf. Seine Partei erkennt an, daß das Programm viele gute Ideen enthalte. Er bittet um Überweisung des Gesetzes an die Kommission.

Kriegsminister Sosnkowski erwidert auf die gefügigen Vorwürfe des Abgeordneten Michalski. Die Gründe für eine rationelle und sparsame Wirtschaft im Heere ist die schnelle Annahme des Gesetzes über den Heeresetat. Ich habe das Recht zu fordern, daß die zu zahlenden Lasten nicht in einer Atmosphäre des gesellschaftlichen Hasses der Armee gegenüber gezahlt werden. (Applaus links und rechts).

Abg. Diamand: Ich will den Glanzen an die Aufbesserung, den der Finanzminister gewacht hat, nicht untergraben. Doch fürchte ich, daß es im Augenblick der Entlastung noch schlimmer sein wird. Die Frage ist schwer zu lösen, da sie eine Ueberreinstimmung der wirtschaftlichen und politischen Lage erfordert. Man kann von der Reform nicht mit Bestimmtheit behaupten, daß sie nicht gelingen wird, doch ist der Grad der Wahrscheinlichkeit nicht groß. Ich glaube nicht, daß die Zahlungen sich der Norm der Rechnungswährung anpassen und den Vorkriegszustand erreichen werden. Durch das Erreichen der Goldparität wird die Löhnerhöhung wachsen, wir werden gezwungen sein, die Gehälter der Beamten zu erhöhen. Dadurch werden die Ausgaben wachsen. Die Wirtschaftlichkeit läßt sich durch eine Änderung der Veranlagung oder der Buchführung nicht reformieren. Das vom Finanzminister vorgeschlagene System wird keine Dienste leisten, weil es nicht eine verhältnismäßige, sondern eine vollkommene Löhnerhöhung begleitet wird. Wenn wir in unserem Lande den Schweizer Franken assimilieren haben werden, wenn wir ihn auch nur bei der

also zusammen 348,000 Mark. Umgekehrt wurde Anfang Januar d. J. von den Pensionshältern an die Eltern des jungen Mannes für ein fettes Schwein, das etwa neun Monate gefüttert war, der gegen die Marktpreise sehr mäßige Preis von 450,000 Mark gezahlt. Aus diesen Zahlen, die bestimmten tatsächlichen Verhältnissen entnommen sind, ergibt sich also die merkwürdige Tatsache, daß die volle Pension mit Wohnung, Verpflegung, Beleuchtung und Bedienung eines jungen Mannes in der Großstadt sehr viel billiger ist als die Futterkosten eines Schweines auf dem Lande.

Ja, wenn die Gelbentwertung nicht wäre!

Eine Versicherungsgesellschaft in Wien hatte von einem Kaufmann in Polen zur Ansicherung einer Versicherungssache 3000 ö. K. zu fordern. Die Gesellschaft schrieb dem Kaufmann einen rekommandierten Brief und mußte diesen mit 1500 ö. K. frankieren. Dem Kaufmann war an der Sache etwas nicht klar und er richtete an die Versicherungsgesellschaft eine Anfrage, welche mittels Karte, die 250 ö. K. Frantatur erforderte, beantwortet wurde. Nunmehr überwies der Kaufmann die 3000 ö. K. und die Versicherungsgesellschaft bestätigte die endgültige Austragung der Angelegenheit mittels rekommandierten Schreibens, welches wieder 1500 ö. K. Porto erforderte. Somit wurden 3950 ö. K. an Porto verausgabt, um 3000 ö. K. einzufordern.

Zeitgemäß!

Das Koblenz wird berichtet: Die für Freitag abend angekündigte Aufführung von „Wilhelm Tell“ im Stadttheater wurde, wie die

Steuererziehung anwenden, so wird er sich doch schnell im Handel einbürgern, so daß sich die Preise mit denen des Weltmarktes ausgleichen werden. Eine grundsätzliche Schwierigkeit bilden die Heeresausgaben. Besonders verdient der Plan hervorgehoben zu werden, daß die Vermögenssteuer ausschließlich für Heereszwecke bestimmt sein soll. Durch solch eine Darstellung der Angelegenheit kann der Staat leiden, indem er als militärisch angesehen werden kann.

Finanzminister Grabki: Wir müssen uns auf den Boden der Goldmark oder des polnischen Zloty stellen. Ohne Annahme des Gesetzes für drei Jahre werden wir keinen Ausgleich der Ausgaben erreichen. Der Verwurf, daß wir auf dem Gebiete der Ausgaben dem Schweizer Franken nachzujagen werden, stört das Gleichgewicht des Staatshaushalts nicht, da die Einnahmen im gleichen Maße wachsen werden. Ich fürchte auch nicht den Augenblick, da wir die Weltpreise erreicht haben werden, da sie gleichzeitig auch unsere Einnahmen erreicht haben werden müssen. (Abg. Wierzbicki: Sofern die Produktion nicht eingeschränkt wird.)

Abg. Grünbaum bezweifelt, ob dieser oder ein anderer Finanzplan eine Gesundung der Finanzen wird herbeiführen können. Einer der Kardinalfehler des gegenwärtigen und der bisherigen Finanzentwürfe ist der, daß man auf einen Hieb eine Aufgabe lösen will, die einer ganzen Generation zukommt.

Der Sejmarschall überweist den Entwurf der Finanzkommission.

Nächste Sitzung Dienstag.

Senat.

Sitzung vom 9. März.

Senator Krzysanowski, erklärt, als Berichterstatter über das Gesetz von der Änderung der staatlichen Einkommensteuer, daß das vom Sejm angenommene Gesetz gewisse Mängel aufweist, es enthält z. B. keine Erleichterungen vom Einkommen der Heberstandarbeit, der Nacharbeit, oder der Arbeit an Feiertagen. Die Kommission bittet jedoch aus Rücksicht auf die Dringlichkeit der Angelegenheit um Annahme des Gesetzes ohne Änderungen.

Senator Kaszynski berichtet namens der Finanzkommission über das vom Sejm angenommene Gesetz von den Strafen für Verzögerung und von den Exekutionskosten. In der Abhandlung wird die Resolution der Kommission angenommen.

Senator Brun referiert über das Gesetz von der Anwendung der Strafen für Uebertretung der Vorschriften der polnisch-deutschen Oberschlesienkonvention. Das Gesetz wird ohne Änderung angenommen.

Zu der Angelegenheit der Diskussion über die Interpellation des Senators Adam ergreift Senator Karpinski das Wort und bemerkt, daß anlässlich der Einbringung des Gesetzes über die Aufbesserung der Finanzen durch den Finanzminister eine weitere Interpellation zwecklos wäre. Dagegen schlägt er eine Resolution vor, die Regierung möchte, ehe das Sanierungs-gesetz in der Angelegenheit des Goldberechnungsfaktors angenommen wird, keinerlei Verordnungen bezüglich des Goldberechnungsfaktors herausgeben und die bereits herausgegebenen zurückziehen.

Der Marschall erklärt, daß die Interpellation samt Geschäftsordnung nicht mit einer Resolution enden dürfe. Die Senatoren Wojnicki und Krzysanowski äußern sich gleichfalls gegen diese Resolution. Dagegen wird der Antrag über die Einstellung der weiteren Aussprache über die Interpellation des Senators Adam angenommen.

Der Marschall gibt bekannt, daß ein Schreiben von den Bischöfen Teodorowicz und Sapieha über die Niederlegung ihrer Mandate eingegangen ist.

Nächste Sitzung Freitag.

„Kölnische Zeitung“ meldet, von der Interalliierten Rheinlandkommission verboten.

Es liegt den Franzosen offenbar nichts daran, Stausfachers Verse zu hören:

Unser ist durch tausendjährigen Besitz
Der Boden — und der fremde Herrenrecht
Soll kommen dürfen und uns Ketten schmieden
Und Schwach antun auf unserer eigenen Erde?
Ist keine Hilfe gegen solchen Drang?

Echte Weinfontainen wurden, wie aus Klammerzettel zu ersehen ist, bei der Verfilmung des köstlichen Geseges in dem Film „Kinder der großen Revolution“ in Amerika verwendet. In diesem Gesetze mußte angeblich die Bewilligung der amerikanischen Prohibitionsbehörden eingeholt werden.

Diese Tatsache illustriert den absoluten Phantasiemangel, den die betreffende Filmgesellschaft dem Kinopublikum zumutet. Gefärbtes Wasser genügt nicht, echten Wein müssen die Pariser Fontainen in die Luft schleudern, in echtem Wein müssen die Aristokratenkinder baden.

Die Notiz ist natürlich (oder: offensichtlich) ein Romanesque. Aber sie illustriert die geistige Verfassung einer Zeit, in der in Österreich das Wort eines Auslandskorrespondenten als Grillparker-Preis zur Verteilung gelangt, während für einen amerikanischen Großfilm eine Fontaine im Werte von 60 000 Dollars aus Frankreich nach Amerika geschickt wird. Am Ende dürfte es doch eine richtige Weinfontaine gewesen sein, nämlich eine, über die man weinen möchte!

A. K.

Der „Bund der Deutschen Polens“, und seine Bestätigung.

1921 — ???

Es gibt keinen einzigen zivilisierten Staat in der Welt, der seinen völkischen Minderheiten das Recht absprechen würde, sich politisch und kulturell zu organisieren. Es liegt im wohlverstandenen Interesse sowohl der einen wie der anderen Seite, den öffentlichen Zusammenschluß einzelner Bevölkerungsgruppen zu fördern. Die Landesregierung erhält nur auf diesem Wege einen klaren Einblick in die Bedürfnisse und Forderungen der Bürger, die so mit leichter Mühe vom Staate überwacht und in der Weise gelenkt werden können, daß sie nicht von böswilliger Hand auf eine schiefe, für das Allgemeinwohl gefährliche Ebene gestoßen werden. Andererseits erhält die organisierte Gruppe der Bürger nur auf diesem Wege die Möglichkeit, sich selbst darüber klar zu werden, was ihr in Wirklichkeit am meisten nützt, welches die wirklichen Wünsche der überwiegenden Mehrheit in ihrer eigenen Mitte sind und wie sie — die Bürger — auf dem Wege der Gesetzmäßigkeit und des harmonischen Ausgleichs zur Verwirklichung ihrer berechtigten Ansprüche gelangen können.

Barbarische Staaten und annerkennend gefürchtete Regierungen gestatten zumeist keine öffentlichen Organisationsversuche einzelner Gruppen der Bürger. Ein andernfalls aufgebaute Staat, welcher von vornherein gegen gewisse Gruppen seiner Bürger Vöses im Schilde führt, verhindert absichtlich ihren Zusammenschluß, gerade dort, wo er eine Ungerechtigkeit plant und einzelne Gruppen der Staatsangehörigen angreifen oder zu schädigen gedenkt. Wir wollen als schlagendes Beispiel den endlich in Trümmer zerfallenen Zarismus vor Augen führen. Die Arbeiterklasse durfte sich dort nicht zu einem Verband organisieren, dagegen bejaß der Landadel seine gesetzlich normierten Privilegien in jedem russischen Gouvernement, allerdings außer Polen und einigen anderen unterworfenen Provinzen; denn der begüterte Adelstand (die Polen ausgenommen) war durch die Gesetze des Russenstaates berufen, die arbeitenden Massen zu überwachen. In „arussischen“ Verbänden durften sich auch die Bauern, die Fabrikanten und die Großkaufleute organisieren — und es war bis auf die letzten Jahre der Zarenherrschaft unter schwerer Strafandrohung ein ähnlicher Zusammenschluß von Angehörigen der intellektuellen freien Berufe, Studenten, Angestellten, ja sogar von Gelehrten verpönt. Es war dies eine gesetzmäßige, mit böswilligem Vorbedacht durchgeführte Verneinung des Koalitionsrechts — der wichtigsten Grundlage jeder Demokratie. Im heutigen Rußland verneint dasselbe Recht die elftliche hunderttausend Köpfe zählende Partei der extremen Sozialisten (Bolschewiken) der 120 Millionen Köpfe zählenden Masse aller übrigen Bürger des Sowjetreiches. Genau in derselben Weise (wenn auch ohne systematisierte Gesetzgebung), wie früher etliche hunderttausend Adlige, Beamte und Reiche den 170 Millionen der Unteranen Se. Kaiserlichen Majestät das Koalitionsrecht verneint haben! Es lag darin damals Absicht; und dieselbe Absicht liegt in diesem System auch heute: die Absicht, ungerecht zu handeln, zu überwiegen und zu bedrücken. Eine zynische Verneinung der Grundlagen der Moral; ein klares Bekenntnis zur tyrannischen Diktatur; eine Neigung zum Raub, zur Übervorteilung der Minderen, zur Verhöhnung der elementaren Grundsätze jeglicher Staatsordnung — durch das Gesetz selbst!

Völker und Regierungen, die diesen Weg zu gehen belieben, fristen alle ein unerträgliches Dasein und enden auch alle sehr traurig. Die ganze Geschichte des Zarismus stellt ja bekanntlich ein langes Register von Morden, Bombenattentaten, Bauernkriegen, Stur-

mentenverführungen, Arbeiterunruhen, Palastrevolutionen, Kriegen, Sektiererfolgungen, Aufständen in allen Randgebieten, Hinrichtungen und Verbrennungen in Massen dar, bis zum Tage des jüngsten Gerichts von heute, wo ein gutes Viertel der verblichenen Nation elend Hungers stirbt, sowohl in der eigenen russischen Heimat, wo Milch und Honig fließt, als auch auf dem Pflaster fremder Städte, in denen die noblen Herren Rußlands von gestern — heute die Strafen ausüben

Das ist das Strafgericht Gottes für die Verstocktheit eines Volkes, welches in den Tagen seines Glückes die Gerechtigkeit zu verstoßen wagte, indem es Macht über Recht stellte und indem es die Mächtigen, nämlich die Andersgläubigen und die Andersstammigen, die Bestiegen und die Schwächeren, die Ehrlichdenkenden und die Bescheidenen, der Willkür der gewisserlosen Machthaber preisgab.

Auch das Polenvolk hat schon einmal den gleichen Weg der Sünde und der darauffolgenden hundertjährigen Sühne zurückgelegt. Leider haben die Völker alle nur ein sehr kurzes Gedächtnis. Sündig sind wir, die wir alle Urentel Rußlands sind. Nicht die hehre Tugend, sondern die schöne Sünde lockt uns mit ihren Reizen. Ich besinne mich der Jahre meiner frühen Jugend, als ich, der Polens Vergangenheit bisher nur aus den Romanen eines Siemienow kannte, mit hochschlagendem Herzen die blutleisenden Seiten der Geschichte des Verfalls Alt-Polens verschlang: das Sengen und Morden eines Jaroslaw Wisniwiewski in der aufständischen Ukraine, — belohnt durch die polnische Krone für den Sohn dieses Vaters und Neugeborenen seines eigenen Volkstums und des Glaubens seiner Väter. Es war ein 150 Jahre lang dauernder Kampf der Polen gegen die berechtigten Bestrebungen der freien Völkern der ukrainischen Nationalität, sich zu organisieren, und zwar mit voller Wahrung der Treue für die Republik von Polen. . . . Und dann brannte das stolze Schloßchenreich an allen Ecken: 1772, — 1793, — 1795, — 1807, — 1831, — 1863. Es folgten und mordeten nun im Herzen Polens die Urentel derjenigen Bauern, die von den noblen Magnaten zu Tode geprügelt wurden. . . Die stolze Krone Polens rollte immer tiefer in den Abgrund des historischen Schwindens, um dann für immer zu verschwinden.

Es fragt der Leser: „Wozu alle diese großen Worte einer so geringen Sache wegen, die Bestätigung oder Nichtbestätigung einer völkischen Organisation durch die eine oder die andere unfähige Regierung eines jungen Staates? Soll etwa behauptet werden, daß die Tendenzen der verstorbenen und durch das Gesetz sanktionierten Ungerechtigkeit auch in dem aus dem Grabe der Geschichte auferstandenen Polen Geltung haben? — Nein, das sage ich nicht, denn das kann weder ich noch irgendjemand anderer behaupten, der den Artikel 108 der Staatsverfassung vom 17. März dieses Jahres kennt: „Die Bürger haben das Recht, sich in Verbände zusammenzuschließen, sich nach Belieben frei zu versammeln, Klubs und Vereine zu bilden.“

Die Seele des Staates bildet seine Gesetzgebung, und den Kern der Gesetzgebung bildet immer die Staatsverfassung. Enthält aber die Verfassung eines Staates den oben angeführten Freiheitsbegriff, so ist die Seele des Staates gesund, so hat der Staat eine edle Veranlagung. Wozu also das Gerede?

Dann, um anschaulich die ganze Fehlerhaftigkeit des politischen Handelns der bisherigen Innenminister dem Bunde der Deutschen Polens gegenüber nachzuweisen; um klar und deutlich nachzuweisen, daß die Demokratie unserer verjüngten Heimat durch die Nichtbestätigung dieser völkischen Organisation schwer kompromittiert würde. Ohne jemals nur den geringsten Schein einer gesetzmäßigen Begründung aufbringen zu können, verweigerte

man die Legalisierung unserer kulturellen Organisation und hemmte dadurch ihren naturgemäßen Ausbau. Nur der allerjüngste Verdacht konnte einen verantwortlichen Berater des innerstaatlichen Lebens so weit bringen, daß er sein ganzes Volk in die denkbar schiefste Lage versetzte; er belastete dadurch unseren Staat in den Augen der gesamten Welt mit der Reputation eines böswillig die Bedrückung der deutschen Minderheit beabsichtigenden Chauvinistenstaates. Er gab den Gegnern Polens die schärfste Waffe in die Hand; er schädigte auf das empfindlichste die polnische Minderheit in Deutschland. Wozu dies?!

Ober waren unsere Behörden bisher wirklich so gründlich vom Gebrüll der „Patriotenpresse“, bei der ein Zeitungsmeister als preussischer Oberst und ein Zeitungsrespondent als preussischer Oberst und so weiter allen Ernstes gill, — belästigt und terrorisiert worden, daß sie der Wahrheit nicht mehr Gehör leisten konnten?

Wir wollen hoffen, daß die bisherige verhängnisvolle dem Bunde der Deutschen Polens sich sodz gegenüber angewandte Politik endlich schwinden wird. Die Nachfolger der Herren Kamienki und Ponikowski müssen endlich andere Wege einschlagen, wenn sie unserer gemeinsamen Heimat nicht ins eigene Fleisch schneiden wollen. — Und dieses will die Regierung des Generals Sikorski doch ganz gewiß nicht!

Der berühmte Herr Korfanti, wohl beauftragt von seinen freigeistigen Vorgesetzten, hat sich erlaubt, während der Sitzung der Kommission für auswärtige Angelegenheiten allen Deutschstumsbünden, also auch demjenigen in Lodz, den „freundlichen“ Rat zu geben, „in konspirativer schlaue Weise, — so wie es die Polen unter fremdem Joch zu tun pflegten, eine staatsfeindliche unterirdische — nicht offene — Tätigkeit zu betreiben“. Herr Korfanti! Wir Deutschen sind keine Polen, daher erlaubt es uns schon unsere ganze Art nicht, Ihrem perfiden Rat zu folgen! Der Deutsche weiß, was er seinem Namen schuldig ist und was stets seinem Schwur treugeblieben. Er bleibt der getreue Bürger sogar dann, wenn man ihn täglich Spion, Staatsverrat und Berliner Agent schimpft und . . . wenn die Gerichte, die Administration das Parlament sich auch nicht beeilen, ihn in Schuld zu nehmen. Das ist die angeborene deutsche Treue, Herr Korfanti, und auf diese dürfen wir pochen, nicht aber auf „schlaue Wählerheit“, auf die Sie so stolz sind . . .

Wir wollen Ihnen für Ihren Rat einen anderen geben: gewöhnt Euch doch endlich ab, zu wählen: wohl mehr aus hundertjähriger Gewohnheit als aus angeborener Bosheit unterwühlt Ihr die Fundamente unseres jungen Staates, indem Ihr durch Verleumdung, Giftigkeit, Lüge und Lügen das Ansehen der Staatsverfassung und der Gesetze täglich untergräbt, die Demokratie und die Gleichberechtigung verspottet und das eigene Volk mit Schmach beledet.

Nochmals also, ihr Feinde Polens von der „patriotischen“ Reaktion: hütet euch vor der Nemesis und laßt uns alle, — o! Deutsche, Polen, Juden oder Russen, am Ausbau unserer geliebten Heimat ungestört mitarbeiten. Behrens.

Der Sejmabgeordnete Bratun richtete an den Sejm eine Interpellation in der Angelegenheit der Verweigerung der Bestätigung der Sitzungen der ukrainischen Kulturorganisation „Proswita“ durch die wolschynischen Wojewodschaften.

*) Bekanntlich hat der Regierungspräsident von Ostpreußen die Bestätigung der polnischen kulturellen Organisation „Macierz Polska“ infolge der Nichtbestätigung unseres Bundes der Deutschen Polens in Lodz abgelehnt.

Ein treuer Mann heißt, wer Gottes Willen tut und was Gott ihm ins Herz geschrieben, vollbringt; wer aber vor Furcht zittert, das ist ein Aechter, und wer aus Furcht etwas tut, ein niedriger Scler.

Es sind viele Laster schändlich zu nennen, doch das schändlichste von allen ist ein frechtlicher Sinn.

Ernst Maria Arndt

Die Tochter des Ministers.

Roman von Ernst Georgy.

20. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Er hatte den Kopf gesenkt, noch erschüttert und ohne inneren Gleichgewicht.

„Gertrud —“

„Ich werde meinen kleinen Handkoffer für dich mit dem Notwendigsten vollpacken, fuhr sie ruhiger fort. „Wann willst du reisen, Georg?“

„Noch heute abend fahre ich nach der Stadt, und sehe, daß ich den Schnellzug nach Königsberg erreiche,“ antwortete er langsam, wie aufwachend.

„Dann sprich mit Jirkallin und bereite hier alles für deine Abwesenheit vor, mein Junge,“ ermahnte sie sanft. Georg strich glättend über sein Haar und lachte: „Mag doch die Wirtschaft hier zum Teufel gehen! — Zurück komme ich doch nicht mehr!“

Die Mutter erschrak: „Aber Georg, du hast doch einen Vertrag, hast Verpflichtungen gegen den Grafen Werkenau.“

„Ich spucke drauf!“ rief er roh und schüttelte sich. Sie wiegte entsetzt den grauhaarigen Kopf: „Lieber, guter Junge, es gibt auch moralische Pflichten, die du gegen Exzellenz Meinhard hast,“ erwiderte sie beherzt.

„Gegen den? Gegen den Burschen, der sie um-

meinetwillen ohrfeigte und in die Welt hinausjagte! Der nicht hinterherlief und das läche Geschöpf auf den Knien um Vergebung anflehte?! Du hast recht, Mutter, mit dem habe ich wahrhaftig noch eine Abrechnung vor. Dieser Herr Minister muß mir noch unter die Finger kommen!“

Am Abend reiste Georg Wiesener ab, ohne auch nur mit einem Worte Bestimmungen für das, was in seiner Abwesenheit zu geschehen habe, zu treffen. Er selbst spannte das Pferd vor den kleinen Jagdwagen, hob die Handkoffer hinein und schwang sich auf den Kutschbock. „Und was wird aus mir? Wie denkst du dir alles?“ fragte seine Mutter empört und legte die Hand auf seinen Arm.

Unmutig schüttelte er sie ab. „Quäle mich doch nicht,“ schall er verbißnen. „Ich muß zu Gertrud! Ich muß hören, was sie will, von ihr hängt alles ab!“

Dann telegraphierte wenigstens. Ich bin so furchtbar aufgeregt, Georg, du handelst wie ein Junge, nicht wie ein Mann!“

„Lebe wohl, ich kann diese ewigen Ermahnungen und das Weibergelöbte nicht mehr ertragen.“

„Was wird aus dem Wagen?“

„Den schicke ich mit irgendeinem Kutscher zurück. Sorge dich nicht unnötig ab. Der Jirkallin hat die Geschichte lange genug ohne mich allein fertig gekriegt!“ schrie er ungeduldig. In seinen Augen leuchtete ein unheimliches Feuer. Man fühlte die Qual der Ungeduld, die ihn gefangen hielt.

Frau Doktor Wiesener sah ihn mit aufwallender Liebe an. „Du stehst wieder vor einem Wendepunkt, mein Junge, ich kann dich beinahe begreifen. Reife mit Gott und hole dir dein Glück.“

„Das will ich tun! — Hü!“

Sie trat mit Hast zur Seite. „Ist das dein Abschied von deiner Mutter, Georg?“ rief sie fragend, schmerzlich.

Da blickte er noch einmal auf sie herunter und betrachtete die schmale Gestalt, das feine, verhärmte Gesicht der Frau, die ihn geboren und um ihn so viel Leids getragen.

„Behüt dich Gott, Mutter,“ sagte er weicher „und habe Dank für alles! Gertrud und ich wollen dir nicht vergessen, daß du zu uns gehalten hast! Auf Wiedersehen!“ Die Peitsche sauste herab.

Das Pferd zog mit wildem Sprunge an und das kleine hochrädige Gefährt stürmte davon, immer kleiner werdend, um schließlich als schwarzer Punkt in dem schnell heraufziehenden Nachtschatten zu verschwinden. Kopfschüttelnd schaute sie hinterdrein. Ihr ganzes Gefühl löste sich in einem Gebet für diesen Wildling, an dem selbst ihre Mutterliebe nicht mehr zu glauben vermochte.

Frau von Graunich, die greise Baronin, und ihre Gesellschaft, Fräulein Wald, waren schon im Mai in dem schönen Kurbad eingetroffen. Sie gehörten zu den ersten Gästen des großen Hotels. Während sie sonst den Frühling in Baden-Baden und den Herbst hier zu verleben pflegten, zwangen sie diesmal Familienrücksichten, den Aufenthalt derart zu wählen. Münchener Verwandte und zwei verheiratete Söhne der alten Dame waren gleichfalls anwesend, und, vom Wetter begünstigt, gestaltete sich ihr Leben hier sehr angenehm.

(Fortsetzung folgt).

Lokales.

Łódź, den 10. März 1928.

Eine Abordnung des Łódzker Magistrats in Warschau.

Die Delegation der Łódzker Selbstverwaltung, zu der Präsident Rzewski, Vizepräsident Pogonowski und Schöffe Dr. Grünberg gehörten, hielt in Warschau die erste Konferenz im Innenministerium mit dem Direktor des Selbstverwaltungsdepartements Weisbrodt ab. Die Konferenz hatte zum Ziel, im Einklang mit den Anträgen der Wojewodschaftsbehörden von der Regierung Mittel zur Durchführung der Wahlen und Deckung der Budgetgefehlbeträge zu erwirken. Die Łódzker Delegation erfuhr mit Erstaunen, daß die Wojewodschaft wohl eine Denkschrift bezüglich der Mittel für die Wahlen eingereicht, dagegen aber die ihr übergebene Denkschrift bezüglich der Deckung der Budgetgefehlbeträge aus unbekannten Gründen nicht weitergegeben habe. Die Delegation erklärte, daß die Durchführung der Wahlen mit der Deckung der Fehlbeträge miteinander aufs engste verknüpft sei und die Stadt die Wojewodschaft nicht eher um die Abordnung der Wahlen ersuchen könne, als bis nicht das Geld für die Kosten und zur Deckung der Fehlbeträge vorhanden sein werde.

Gleichzeitig erhob die Delegation gegen das Aufstellen der Steuerentwürfe des Magistrats Einspruch, da die Steuerföge dadurch ihren Realwert einbüßen. In dieser Frage hatte Schöffe Dr. Grünberg eine Konferenz mit dem Vizepräsidenten Pogonowski, während welcher der letzte Aufsatz, die rückständigen Steuerangelegenheiten im Laufe der nächsten Tage zu erledigen.

Ferner erhob die Delegation dagegen Einspruch, daß der Vertrag zwischen dem Magistrat und der Łódzker Straßenbahngesellschaft von den Zentralbehörden bisher nicht bekräftigt wurde. Darauf wurde der Abordnung erklärt, daß in dieser Frage eine Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der Zuständigkeit zwischen dem Ministerium für Eisenbahnen und dem Innenministerium entstanden sei und daß beabsichtigt werde, eine besondere Kommission nach Łódź zu entsenden, die nach Prüfung dieser Frage die Entscheidung treffen wird.

Stadtpräsident Rzewski gab seiner Ansicht darüber Ausdruck, daß das Innenministerium als Aufsichtsbehörde wohl den Entwurf des Vertrages prüfen und bekräftigen dürfe, daß aber für seine Einzelheiten die Selbstverwaltungsbehörden zuständig seien, die die Entscheidung des Ministeriums beim Obersten Gerichtshof verklagen können, falls diese Entscheidung mit den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung und dem Standpunkt der städtischen Verwaltung nicht im Einklang stehen sollte.

Nachdem sich die Delegation ins Finanzministerium begab, waren bereits die Vertreter vieler Städte aus sämtlichen Teilgebieten eingetroffen, um angesichts des katastrophalen finanziellen Standes der Städte die Regierung um Hilfe anzusprechen.

Der Vertreter des Finanzministeriums Dr. Gorynski erklärte der Łódzker Delegation, daß die Angelegenheit der von Łódź geforderten Kredite erst durch die zuständigen Instanzen gehen müsse, da mit Rücksicht auf den Abschluß des provisorischen Budgets erst Anträge für den Staat um Erteilung kurzfristiger Regierungsdarlehen für Warschau und Łódź ausgearbeitet werden müßten. Präsident Rzewski betonte, daß, falls diese Angelegenheit nicht in aller nächster Zeit erledigt würde, der Magistrat jede Verantwortung ablehnen und die Obhut über die Selbstverwaltung der Regierung überlassen müßte. Dr. Gorynski unterstrich, daß die Selbstverwaltungen auf die Staatsgeordneten dahin einwirken müßten, daß diese den Selbstverwaltungen keine Schwierigkeiten bereiten, da nur

auf dieser allgemeinen Grundlage eine Regelung der Finanzen der Städte möglich sei.

Außer den obigen Konferenzen mit den Zentralbehörden hatten Vizepräsident Pogonowski und Schöffe Dr. Grünberg auch noch eine Konferenz mit der Direktion der Kommunalbank zum Zwecke einer Verlängerung der von der Stadtverordnetenversammlung angenommenen Anleihe. Nach der Entdeckung der der Bank gehörenden Zinsen durch die Stadt Łódź wird die Frage der Prolongation im günstigen Sinne gelöst werden.

Die Abordnung stellte auch der Lebensmittelversorgungsgesellschaft der Städte einen Besuch ab, wo einige die Bekämpfung der Teuerung betreffenden Fragen zur Aussprache gelangten. Dr. Jablonski ersuchte die Delegation, in Zukunft alle Gesuche um Erteilung von Lebensmitteln durch Vermittelung der Gesellschaft erledigen zu lassen, welcher, da sie den Interessen einer Reihe von Städten diene, leichter etwas zugeteilt wird als einer einzelnen Stadt. Bei dieser Gelegenheit erwähnte Direktor Jablonski, daß auf der Konferenz in Łódź der Stadt Łódź 15 Waagons Zucker monatlich zuerkannt worden seien. Die Abordnung versprach, sich genau nach den berechtigten Wünschen der Verwaltung der Lebensmittelversorgungsgesellschaft zu richten.

Nach zweitägigem Aufenthalt in Warschau kehrte die Abordnung der städtischen Selbstverwaltung nach Łódź zurück, ohne jedoch greifbare Erfolge erzielt zu haben.

bip. Der Bestand des Hauptwahlkomitees für die Stadtverordnetenwahlen wurde bereits festgelegt. Das Komitee ist augenblicklich mit der Festlegung der Listen der einzelnen Bezirkskommissionen beschäftigt. Das Innenministerium hat versprochen, die zur Durchführung der Wahlen erforderliche Summe von 431 Millionen vom Finanzministerium zu erwirken. Die Wojewodschaft hat in der Staatsdruckerei erwirkt, daß alle zu den Wahlen erforderlichen Druckachen und Formulare vorläufig auf Kredit angefertigt werden.

bip. Der neue Łódzker Wojewode Herr Wehowski hat gestern seine Amt übernommen. Das diesbezügliche Protokoll wurde in Anwesenheit des bisherigen Wojewoden Dr. Garapich und des Vertreters des Wojewoden Rzewski unterzeichnet. Herr Wehowski erklärte bei der Amtseinführung, daß er sein Amt unter schwierigen Verhältnissen antrete, daß er aber die Hoffnung habe, auf seinem Posten auszuweichen. Sodann verabschiedete sich Herr Dr. Garapich von den Beamten der Wojewodschaft und bat sie, die ihm jederzeit entgegengebrachte Sympathie auch dem neuen Wojewoden zu erweisen. Darauf suchte der neue Wojewode die einzelnen Kantons auf, wo er mit den Abteilungschefs konferierte. Den scheidenden Wojewoden Dr. Garapich, der sein Amt seit dem 1. Februar 1920 verwaltete und während dieser Zeit großen politischen Takt und eine außerordentliche Kenntnis der Verwaltungssachen zeigte, erklärten die Beamten, daß sie sich von ihm erst nach Unterzeichnung der Ernennung verabschieden werden.

Reform des Gerichtsverfahrens in Polen. Die Rechtskommission des Sejms befaßte sich dieser Tage mit dem Antrag des Abg. Brusynski bezüglich der Abänderung des Gesetzes vom 26. September 1923 über das Staatsgerichtungsverfahren in Klempolen. In erwähnten Antrag wurde gefordert, daß die Untersuchung eines Verbrechens vor dem Staatsgericht nicht länger als 14 Tage dauern dürfe, vom Tage, an dem die Angelegenheit dem Staatsanwalt übergeben wird, an gerechnet. Die Kommission beschloß, den Justizminister aufzufordern, daß er Anträge bezüglich der Reform des Staatsgerichtsverfahrens in ganz Polen vorlegen solle.

verpflanzen Dieses Geheimnis heißt: Unermüdlichkeit. Unermüdlich ist Gotama im Verkünden seiner Lehre, unermüdlich im Wiederholen seiner Verkündungen, unermüdlich noch im Wiederholen des Wiederholten. Jede Rede Gotamos ist eigentlich eine Art Gebetsrad; es kreist und schwingt und schwingt und kreist, und trägt in ihren Speichen dieselben Worte mit demselben Wertgehalt, dieselbe Lehre mit derselben Weisheit und kreist wieder und schwingt wieder, unermüdlich, unaufhörlich, ohne Ruh und Unterlaß, bis es zu dem Punkt gelangt, wo Anfang und Ende sich in der ewig gleichbleibenden Einheit der Wahrheit berühren. Eine nur ist die Wahrheit und eine die Methode, sie zu lehren; kann demnach die Wahrheit nur einfach, so muß sie dennoch hundertmal und aberhundertmal gelehrt werden, bis der Boden gepflügt und die Saat gestreut ist, um Früchte zu tragen. Es ist eine einzigartige mnemotechnische Lehrmethode, die jeden Satz hundertmal variiert, hundertmal wiederholt, jedes Wort einpaukt und einhämert, bis es sich dem Gedächtnis einprägen, bis es sich darin eingenistet und festgesetzt hat; Gotama wendet diese Methode an, weil er die Trägheit des menschlichen Herzens und die Unempfänglichkeit des menschlichen Sinnes kennt, und weiß, daß nur durch beständiges unermüdliches Hämern die ewig verriegelten Herzens- und Hirnsportoren der Wahrheit sich öffnen.

Schon in dieser Lehrmethode allein steckt eine große tiefe Lehre. Und groß und tief müssen die Lehren sein, die nicht anders als durch solche Methode der Unermüdlichkeit zu gewinnen sind. Deshalb soll ein jeder, der die „Reden Gotamo Buddhos“ aufschlägt, nicht gleich enttäuscht und ein wenig gelangweilt es wieder zuschlagen. Dieses Buch ist nicht nur lehrer Weisheiten, es ist auch unvergänglicher Schönheiten voll. Das Ganze ist ein wunder-

Eine neue Anschließlinie von Polen nach Danzig. Nach einer Erklärung des Vizepräsidenten der Staatsbahnen steht der Neubau einer Bahnlinie Ploz—Strasburg (Kommerellen) bevor, die eine weitere Verbindungsmöglichkeit von Kongresspolen nach Danzig bilden soll.

Ausfuhrverbot für Tauben. Auf Grund einer Verordnung des Finanzministers ist die Ausfuhr von Tauben aus Polen fortan nur mit Genehmigung des Reichsministers gestattet.

Fahrpreismäßigung für Staatspensionäre. Wie die „Gazeta Warszawska“ meldet, wurden durch eine Verfügung des Eisenbahnministeriums den Staatspensionären dieselben Fahrtermäßigungen auf den Eisenbahnen zugestanden, wie sie gegenwärtig die Staatsangestellten haben. Die Begünstigungen für die Pensionäre werden von den Behörden ausgestellt, die auch die Ruhegehälter auszahlen.

Eine Zulage für die Staatsbeamten. In einer Sitzung des Ministerrats wurde beschloffen, am 15. März sämtlichen Staatsbeamten 60 Prozent der Zulage, die sie am 1. März erhielten, auszusahlen. Das Gehalt vom 1. April wird den im März ausgezahlten Zulagen gleichkommen, d. h. um 60 Proz. erhöht sein.

Versorgung der Invaliden und ihrer Familien. Der „Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej“ bringt in seiner Nummer vom 1. März einen Erlass, der die Versorgung der Kriegsverletzten und ihrer Familien, sowie der Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen oder Geforderten betrifft. Diese Verordnung enthält eine ganze Reihe von Artikeln, die von der Versorgungsberechtigung, der Höhe der Unterstufungen (die wieder von dem Grad der Arbeitsunfähigkeit und den Familienverhältnissen des Invaliden abhängig sind, den Zuschüssen für Pflege, kostenloser Heilung, kostenlosen Prothesen und orthopädischen Apparaten, der Prüfung der Erkrankungen der Militärärztekommisionen durch Wehrdienstkommissionen und Vätern und Reiseflosten handeln. Der zweite Teil bezieht sich auf die Versorgung der Hinterbliebenen, und behandelt das Recht auf Versorgung, die Höhe der Witwen-, Waisen- und Altersrenten, sowie die Begräbniskosten. Im dritten Teil sind Artikel allgemeiner Natur enthalten, die auf das Erbschafts- und die Aufhebung der Versorgungsberechtigung und schließlich Bestimmungen über die entsprechenden Formalitäten Bezug haben.

bip. Das Ende des Straßenbahnerstreiks nicht abzusehen. Nach der zuletzt statgefundenen Versammlung der Łódzker Straßenbahner begab sich eine Abordnung zur Direktion der Straßenbahn, um ihr von dem Beschluß der Versammlung Mitteilung zu machen. Direktor Ring suchte die Abordnung zur Annahme der vorgeschlagenen Vorschläge zu bewegen, worauf die Delegation jedoch erwiderte, daß die Forderungen von den Straßenbahner schon bis auf 55 Proz. vermindert worden seien und daß es nur (!) nötig sei, den Fahrpreis auf 700 Mark zu erhöhen, um die Forderungen der Angestellten erfüllen zu können. Zum Schluß richtete die Abordnung an die Direktion ein Ultimatum, daß, falls der Streik bis Sonnabend 9 Uhr früh nicht beigelegt sein sollte, eine Verschärfung des Streiks einzusetzen werde.

bip. Ende des Zofenbahnerstreiks. Vorgestern fand eine Generalversammlung der Zofenbahner statt, auf der der Vorsitzende des Fachverbandes der Zofenbahner Sapot über den Verlauf der Konferenz im Ministerium Bericht erstattete und darauf hinwies, daß Direktor Gericz nachgegeben, die Forderung einer Herabsetzung des Angestelltenpersonals zurückzuziehen und sich damit einverstanden erklärt habe, die 40prozentige Lohnerhöhung nicht vom 19. sondern vom 15. März ab auszuwirken. Anschließt dessen äußerte der Redner die Hoffnung, daß der Streik beendet werden könne.

volles Gedicht, voll süß-sauren Rhythmen, wie sie nur die seltene Paarung von Kunst und Weisheit hervorbringen kann. Um aber zum Verständnis und zum Genuß der Reden Gotamos zu gelangen, ist vor allem erforderlich, daß sie nach der Methode Gotamos gelesen werden. Auch hier ist Unermüdlichkeit die Vorbedingung. Wer nicht ermüdet, von den massenhaft gehäuften Wiederholungen sich nicht abschrecken läßt, wer empfänglichen Sinnes und mit innerer Sammlung liest und immer weiter liest, der wird bald die Weisheit und die Schönheit dieser Reden und zugleich auch die hohe Kunstschöpfung bewundern, die Karl Eugen Neumann mit dieser Uebersetzung vollbracht hat.

Verleger und Drucker haben das ihre getan, dem gewaltigen Werke ein passendes Gewand zu geben.

Verzeichnis von „Reden der Die Lieder des Mirza Schaffy. Redens Universal Bibliothek. Nr. 6375/76. Verlag von Philipp Reclam jr. Leipzig.

„Wortperlen, gereiht auf seidene Fäden“ nannte Bodenstein diese Lieder, die jeden Freund der Poesie entzücken.

Kunst und Wissen.

Ein naturwissenschaftlicher Vortrag von unheimlichem Interesse findet heute, veranstaltet vom Deutschen Schul- und Bildungsverein in der Aula des Deutschen Gymnasiums statt. Herr Professor Dr. May wird über „die Wandlungen in der heimischen Tierwelt seit der Eiszeit“ sprechen. Wir befehlen unseren Mitarbeiter zum Empfang des Prof. Dr. May und erfahren so einige interessante Einzelheiten über den wissens-

Neue Schriften.

Die Reden Gotamo Buddhos. Aus der mitleren Sammlung Majjhimanikayo des Pali-Kanons zum ersten Mal überfetzt von Karl Eugen Neumann. Dritte Auflage. Drei Bände. München 1922. R. Piper & Co.

Vor zweitausendvierhundert Jahren starb Gotamo Buddho fast ebenso lange dauerte es, bis das Sonnenlicht seiner Weisheit zu uns kam. Früher knüpften sich an seinen Namen die Wunder asiatischer Legenden und die fahigen Gerüchte, die ihn als den Verkünder einer pessimistischen Weltanschauung erscheinen ließen. Erst im fünfundzwanzigsten Jahrhundert nach seiner Geburt drang die Wahrheit: sein Werk, seine Rede nach der asiatischen Halbinsel Europa vor. Die kanonischen Urtexte, aufbewahrt in dem Sanskritdialekt des Pali, wurden europäischen Gelehrten auf Zeilen bekannt, in eine europäische Sprache wurden die Reden Buddhos zum ersten Mal von Karl Eugen Neumann überfetzt.

Die Reden Buddhos, in unseren Tagen erst nachhallend im gewaltigsten Echo, sind Emanationen der höchsten Denkerkraft. Seine Weisheit ist über dieser Wandelwelt, die er bis in ihre unwesentlichen Wesenheit erkannte. Seine Gleichnisse sind nicht dunkel und geistreich, sondern klar, beständig, dauerhaft, ihre kristallene Bestimmtheit und Gestalt hat nichts Geheimnisvolles. Kein leichter Tänzer des Geistes spricht welkende Blumen — Elefantenschritt und Löwenruf erschallt.

Neben dem Gedanklich-Tiefen und Sittlich Erhabenen, neben dem schlackenreinen Gold ehalt, den die Reden Buddhos enthalten, offenbaren sie auch das große, tiefe Geheimnis, wodurch es ihm gelang, seine Lehren und ihre Wahrheiten in die Herzen von Millionen Menschen zu

n und
ur der
llichen
er sein
elafiete
Welt
ng der
haates.
in die
naische

lich so
her ein
stungs-
weiter
en, daß

nisvolle
nenüber
Nachfol-
endlich
insanen
— Und
hoch

aufträgt
während
gelegen-
nigen im
sationier
fremdem
ische —
horfanlyl

es uns
Nat zu
namen
efflehen.
enn mau
er Agent
ien das
nel men
korfanly,
„Schlane

anderen
n: wohl
ebenerer
s jungen
ffähigkeit,
ung und
und die
Soll mit

der „pa-
effis un-
oder Ru-
ungsge-
rens.

an den
nheit der
rminischen
hynischen

Opfer
„Machter
er Deutschen

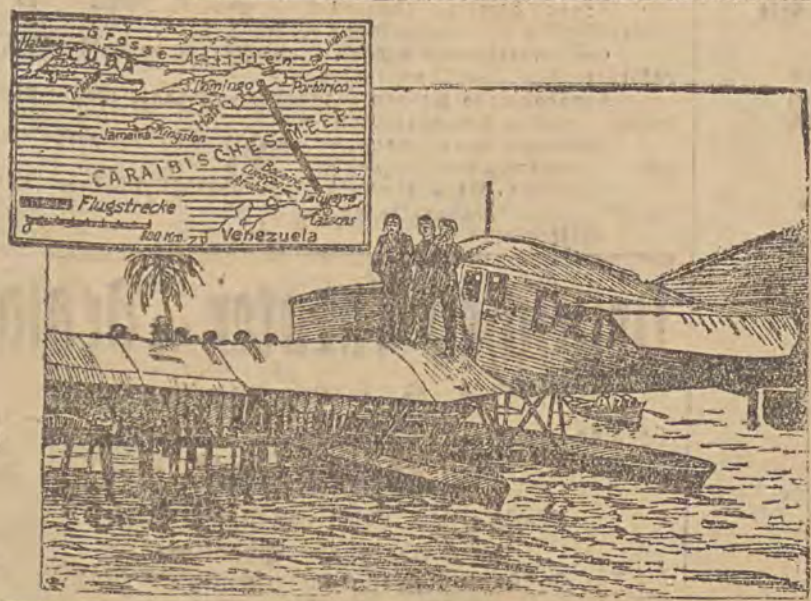
n Abschied
hmerzlich.
und be-
ste Gesicht
Leids ge-

her und
dir nicht
af Wieder-

und das
er kleiner
dem schnell
Kopfschüt-
l löste sich
selbst ihre

ihre Ge-
tai in dem
den ersten
den früh-
zu verlieben
chten, den
oandie und
a gleichfalls
te sich ihr

g folgt).



Ozeanflug zweier Junkers-Flugzeuge.

Zwei Junkers-Wasserverkehrsflugzeuge die auf Kuba stationiert waren, haben von San Domingo einen ununterbrochenen Flug über das Karibische Meer nach La Guayra, dem Hafen von Caracas, der Hauptstadt Venezuelas, durchgeführt. Sie haben die 500 Seemeilen, also 900 Kilometer, weite Strecke über den Ozean in acht Stunden zurückgelegt. Der Ozeanflug dürfte von großer Bedeutung für den geschäftlichen Verkehr zwischen dem südamerikanischen Festlande mit der wichtigen Inselgruppe der Großen Antillen sein.

Frauen. 250 kranke Frauen sowie 50 an der Wasserscheit erkrankte Personen wurden nach Hause geschickt. In den nächsten Tagen soll auch das kleine Jesu-Krankenhaus geschlossen werden.

Platz. Schließung eines Krankenhauses. In Platz wurde ein Krankenhaus für 150 Personen geschlossen.

Leipzig. Verwechelte Kinder. Im Leipziger Spital ließ der Frau eines Bankbeamten ein höchst unangenehmes Mißgeschick zu. Ihr neugeborenes Kind, ein gesunder und schöner Knabe, wurde beim Baden verwechselt und anstatt eines Knaben wurde ihr ein Mädchen zurückgebracht. Auf die Einsprüche der Mutter hin wurde unter den im Spital vorhandenen 6 Knaben und 3 Mädchen nachgesehen, aber die Wahl war sehr schwer, da die Mutter ihr Kind nicht wieder erkennen konnte, so daß sie fürs ganze Leben unter dem Eindrucke liegen wird, daß sie ein fremdes Kind großzieht.

Kraus. Eine Millionäre Ration. Der Bankdirektor Wendol hat Betrügern zum Schaden der Bank- und Industrie-Aktienbank verurteilt und befindet sich deswegen in Untersuchungshaft. Aus dieser wollte er befreit werden, was aber nicht geschah, weil es ihm nicht möglich war, die verlangte Ration von — 1 Million Mark zu zahlen.

Tarnow. Mord. In Tarnow wurde der 19-jährige Photograph Jan Strabinski von dem 19-jährigen Kaminerschmied Oskar Kowalski ermordet, als letzterer bei ihm zu Besuch war. Zunächst versuchte er seinen Gattin zu vergiften, aber dieser Anschlag mißlang, dafür griff Oskar zur Waffe und verflüchtete sein Opfer in unheimlicher Weise. Diese Blatatt entzündete dem Verlangen des Mörders nach dem photographischen Apparat des Ermordeten.

Hybnitz. Auf der Tat erschossen. Am 4. d. M. um 1/3 Uhr früh ist ein gewisser Choroba in den Geschäftsladen des Cygan in Rybnitz eingebrochen und hat von dort Waren verschiedener Art gestohlen. Zu dieser Zeit ging der Nachtwächter vorbei und versuchte den Täter, welcher flüchtete. Nach einer Stunde kam der Täter nochmals zurück und wollte noch andere Sachen aus dem Geschäftsladen stehlen. Cygan war jedoch wach und hielt Wache, um einen weiteren Besuch des Täters zu verhindern. Als Choroba zum zweiten Male in das Geschäft einbrechen wollte, rief Cygan ihm zu: „Stehen bleiben!“ Der Täter blieb jedoch nicht stehen und flüchtete. Cygan feuerte gegen den Fliehenden einige Schüsse ab, von denen einer den Täter in die Bauchgegend traf und ihn derart verletzete, daß er nach einigen Stunden starb.

Posen. Eine vernünftige Anordnung. Die Kommandantur der Staatspolizei in Posen hat ein Rundschreiben herausgegeben, das den Polizisten und Beamten der Staatspolizei verbietet, dem Verbands früherer Aufständischen anzugehören. Diese Verordnung ist, wie die „Gazeta Bydgoska“ erfährt, auf Anregung von Warschau aus erfolgt, da der Ministerpräsident diese Organisation der Aufständischen in Großpolen für unzweckmäßig erachtet. Bravo!

Kirchliche Nachrichten.

Christiansburg. Sonntag, vormittags 10 Uhr Beichte, 10 1/2 Uhr Hauptgottesdienst mit H. Abendmahl. Pastor Götter. — Nachmittags 2 1/2 Uhr Abendgottesdienst. — Abends 8 Uhr Abendgottesdienst. Pastor Zander. — Freitag, vormittags 10 Uhr Hauptgottesdienst mit H. Abendmahl. Pastor Götter. — In der Armenhaus-Kapelle. Diakon Götter. — Sonntag, vormittags 10 Uhr Gottesdienst mit H. Abendmahl. Pastor Zander. — Jungfrauen-Verein, Konstanterstr. 40. Sonntag, nachmittags 4 Uhr Versammlung der Jungfrauen. — Kantorat, (Zabard), Alexanderstraße 85. Donnerstag, 7 Uhr abends Bibelstunde. Pastor Götter. — Kantorat, (Zabard), Zabardstraße 35. Donnerstag, abends 7 Uhr Bibelstunde. Pastor Zander.

St. Johannis. Sonntag, vormittags 9 1/2 Uhr Beichte 10 Uhr Hauptgottesdienst mit H. Abendmahl. Superintendent Angerstein. Predigttext 4. Mo. 21, 4-9. Mittags 12 Uhr Gottesdienst in polnischer Sprache. Pastor Dietrich. — Nachmittags 3 Uhr Kindergottesdienst. Pastor

Dietrich. — Abends 6 Uhr Passionsgottesdienst. Superintendent Angerstein. — Freitag, vormittags 10 Uhr Passionsgottesdienst mit H. Abendmahl. Superintendent Angerstein. — Abends 8 Uhr Passionsandacht. Pastor Dietrich. — Stadtmissionssaal. Sonntag, 7 Uhr abends Jungfrauenverein. Pastor Götter. — Sonntag, 8 Uhr abends Vortrag und Gebetsgemeinschaft. Superintendent Angerstein. — Jungfrauenverein. Sonntag, 8 Uhr abends Vortrag. Superintendent Angerstein. — Dienstag, 8 Uhr abends Bibelstunde. Pastor Götter. — St. Matthäi-Kirche. Sonntag, vormittags 9 1/2 Uhr Gottesdienst. Pastor Götter.

Evangel. Brüdergemeine, Paulstraße 56. Sonntag, den 11. März, um 9 Uhr vormittags Kinderstunde. — Nachmittags 3 Uhr Predigt (E. Schöf). — Abends 7 1/2 Uhr männlicher Jugendbund. — Dienstag 1 1/2 Uhr abends weiblicher Jugendbund. — Mittwoch, 3 Uhr Frauenstunde. — Donnerstag, 8 Uhr abends Passionsandacht. — Sonntag, den 18. März, Familiennachmittag. — Versammlung in Babianice, Sm. Paulstraße 6. Sonntag, 1 1/2 Uhr nachmittags Predigt (P. Schmidt). — Dienstag, abends 7 1/2 Uhr Passionsgottesdienst. (P. Schmidt).

Evangel. Gemeinschaft, Roschützstraße 27. Sonntag, den 11. März, 1 1/2 Uhr abends Jugendbundstunde für junge Männer und Jungfrauen. — Sonntag, 9 Uhr früh Gebetsstunde und 7 1/2 Uhr abends Evangelisationsversammlung. — Donnerstag, 7 1/2 Uhr abends Bibelstunde. — Freitag, 4 Uhr nachmittags Kinderstunde. — Samstag, 8 Uhr abends Bibelstunde. — Sonntag, 3 Uhr nachmittags Evangelisationsversammlung. — Sonntag, 3 Uhr nachmittags Evangelisationsversammlung.

Baptisten-Kirche, Nowy Str. 27. Sonntag, vorm. 10 Uhr Predigtgottesdienst. Prediger R. Jordan. — Nachmittags 4 Uhr Predigtgottesdienst. Prediger R. Jordan. — Im Anschluß: Verein junger Männer und Jungfrauenverein. — Montag, abends 1 1/2 Uhr Gebetsversammlung. — Donnerstag, nachmittags 4 Uhr Frauenverein. — Abends 8 Uhr Passionsandacht. Prediger O. Leuz. — Baptisten-Kirche, Rybnitzstr. 43. Sonntag, vormittags 10 Uhr Predigtgottesdienst. Prediger A. Knoff. — Nachmittags 4 Uhr Jugendbund. Prediger A. Knoff. — Im Anschluß Jugendbund. — Freitag, abends 1 1/2 Uhr Bibelstunde. — Betstunde der Baptisten, Baluth, Alexanderstraße 60. Sonntag, vormittags 10 Uhr Predigtgottesdienst. — Nachmittags 4 Uhr Predigtgottesdienst. — Im Anschluß: Jugendbund. — Mittwoch, abends 7 Uhr Bibelstunde. — Donnerstag, abends 7 Uhr Frauenbund.



Bund der Deutschen Polens.

Ramenhof Str. 17.

Stellenfuchende

Beschäftigung suchen: Buchhalter, Kontoristen, Kontoristinnen, Managere, Hauslehrer, Verantr. Frauen, Zimmermann, Appretur, Weber, Wirtschaftlerin, Portier, Küstler, Kupferin, Stiche der Handfrau, Geschäftswalter, Lehrer sucht Privatstunden, Kontorgehilfe, Arbeiter, Arbeiterinnen.

Handel und Volkswirtschaft

Ein halbes Dutzend polnischer Zloty.

Unter dieser Spitzmarke schreibt der „Kurjer Warszawski“: Gegenwärtig gibt es in Polen vier Arten von polnischen Gulden (Zloty), und zwar:

1. Laut Gesetz vom 26. September 1922 über den Namen der polnischen Münzeinheit, Artikel 1, ist der Wert eines Guldens gleich dem Wert von 1/1000 Kg. Gold von einem Feingehalt von 900. Daraus würde hervorgehen, dass der Wert des gesetzlichen Guldens sich nach dem Goldkurs richtet.

2. Laut Gesetz vom 26. September 1922 über die 8prozentige Goldanleihe des Jahres 1922, Artikel 4 und 5, ist der Wert des polnischen Guldens gleich dem durchschnittlichen Kurs des Schweizer Franken auf der Warschauer Börse während des letzten Monats vor dem Zahlungs termin.

3. Die Polnische Landesdarlehenskasse bestimmt auf völlig unbekannter Grundlage den

Kurs des polnischen Guldens, zu dem sie Abschnitte der Obligationen der Goldanleihe verkauft.

4. Die Polnische Landesdarlehenskasse gibt den Preis bekannt, zu dem sie Schweizer Goldfranken in Münzen, nicht in Banknoten, ankauft. Da nun der Schweizer Franken als Goldmünze gleich ist dem polnischen Gulden, so haben wir also den vierten Kurs des polnischen Guldens. Ausserdem sind noch zwei Arten von polnischen Gulden geplant.

5. Laut Gesetzesprojekt über die 6proz. Goldschatzscheine (Artikel 5) werden die Goldschatzscheine zum Nennwert in polnischen Mark berechnet werden, und zwar gemäss des durchschnittlichen Kurses des Schweizer Franken an der Warschauer Börse in den ersten 10 Tagen des September 1923. Vom September 1923 wird also ein fünfter Kurs des Guldens Geltung haben, der insofern von dem im Punkte 2 erwähnten abweicht, als er den durchschnittlichen Kurs von 10 Taxen gegenüber dem eines ganzen Monats darstellt.

6. Bei der Berechnung der Steuern wird ein Gulden zur Anwendung gelangen, dessen Wert auf Grund der durchschnittlichen Warenpreise ermittelt wird.

Es bleibt nur noch die Frage offen, ob alle polnischen Bürger das Recht haben, beim Abschluss von Geschäften einen beliebigen Guldenkurs zu verwenden, oder ob gewisse vorgeschriebene Transaktionen nur in vorgeschriebenen Guldenwerten erfolgen müssen. Diese Aufgabe kann man auf eine verschiedene Weise lösen. So kann man den Typ des Guldens für die einzelnen Transaktionen festsetzen, z. B. Wechsel bis zu 6 Monaten im ersten Typ, Schecks im zweiten, Geschäfte in Kolonialwarenläden im dritten, in Galanteriewarenläden im vierten usw. Man kann auch den Bürgern vollständige Freiheit bei der Wahl des polnischen Guldens lassen.

Es wäre nur zu wünschen, dass das Finanzministerium bei einer halben Dutzend polnischer „Zloty“ stehen bleibt und nicht noch ein halbes Dutzend neuer Typs ausdenkt.

Lodzer Pfund-Depositen in England.

In der „Republika“ finden wir folgende Ausführungen, in der die Ursachen des erhöhten Interesses Englands für die Lodzer Industrie angegeben werden:

Die stets wachsende Ausfuhr von Lodzer Textilwaren, die mit den Erzeugnissen von Lancashire und Yorkshire wetteifern können, die korrekte Ausführung des Londoner und Lodzer Vertrages bezüglich der Bezahlung der Vorkriegsschulden, stellen ungewöhnlich günstige Umstände für die Einschätzung der Kreditfähigkeit von Lodz in England. Ausserdem haben Londoner Finanzkreise schon seit längerer Zeit ihre Aufmerksamkeit der Tatsache zugewandt, dass von der Lodzer Textilindustrie bedeutende Summen in Pfund Sterling in Banken oder englischen Firmen, die mit Lodz Handelsbeziehungen unterhalten, angelegt sind. Diese Deposits, die nichts anderes, als Kapitalflucht bedeuten, wurden zum Teil durch Geschäfte gewonnen, die von Industriellen, die während der Okkupationszeit in Russland weilten, mit England geführt wurden. Die Lodzer Industriellen konnten nach Friedensschluss eine längere Zeit hindurch aus rechtspolitischen Rücksichten sowie der finanziellen Schwierigkeiten wegen, in denen sich die englischen Gläubiger befanden, über diese Summen nicht verfügen. Später aber hielt die Entwertung des polnischen Geldes sie zurück, diese Summen nach Polen zu überweisen. Ausserdem werden diese Deposits in letzter Zeit durch die bei der Ausfuhr erzielten Summen vergrößert.

Die englische Finanzwelt schliesst auf Grund der Tatsache, dass Lodz verfügbare Summen besitzt, über die hinsichtlich ihrer Verwendung in nächster Zeit keine klare Verfügung besteht, auf eine Besserung der Vermögenslage der Lodzer Industrie.

Warschauer Börse.

Milizenówka	Warschau, 9. März.
	1715
Valuten:	
Dollars	44500-44700-45750
Oesterreichische Kronen	64 1/2
Deutsche Mark	2.23-1.95
Schecks:	
Brüssel	2335-2350
Berlin	2.14-2.17 1/2
Danzig	2.14-1.97 1/2
London	208/00-209/00-206/00
New-York	4370-44500-2710
Paris	2680-2710-26.5
Frankfurt	1325-1350
Schweiz	1835-1825-18250
Wien	64 1/2-64
Ungarn	2745-2170-2.60

Aktien:	
Warsch. Diskontobank	35000-35000 35000
Handel- u. Industriebank	32000-21750 22000
Warsch. Industriebank	3100
Westbank	53000
Arbeiter-Genossenschaftsbank	17500-18750
Zuckerfabr. „Orestes“	152000-154000
Polkowice	16500-18000-17500
Kohlengewerkschaft	14000-14800-14500
Lilpop	78500-75000
Ostrower Werke	64000-63000-67000
Bohn, Zielenki & Co.	33000-33000
Starachowice	33500-33500-40000
1.2. Em.	34000
5. Em.	34000
„Polska“	5000-4600-4800
Zielenki	88 000-80000-85000
Lodzer Kaufmannsbank	4100
Bank- u. Handelsgesellschaft	4100-4000
Bank	6900-6950-6900
Leopoldow	5000-5100
Gmlelow	29000-34500-34000
Grodnow	43000-44500
Gostawice	53000
Norblin	18000-20000
Hab. u. Schiele	28000
Bank- u. Handelsgesellschaft	70000
Kreditbank	13400-13000
Lemberger Industriebank	3900-3300
Verenigte poln. Landbesitzer-Genossenschaftsbank	14800
Kijewski & Scholtze	87000
Warsch. u. d. Zuckerfabr.	167000-164000-167000
Holalindustrie	8900-8100
Ogilewski	108000-113000-122000
„Morszew“	70000-68000-70000
Ortwein & Karasinski	14420-14500
Rudski	40000-42000
1. u. 2. Em.	35000
III. Em.	35000
2. Em.	10000-10250
Urus	12900-12750-12700
Warsch. Lokomotivfabrik	18000-18200-18000
Borkow	18000-18200-18000
Gabr. Jankowski	18000

Polbal	2900 3950
Gabr. Nobel	16700-17200
„Sija i Awiatlo“	6500-6450-6375
Puls	31000
Czersk	195 000
Miechaw	32000-24000
Spies	16600-16500
Pustelnik	19500-20000

Inoffizielle Börse in Lodz.

Tendenz stetig. Umsätze mittel.
Es wurde gezahlt:

Dollars 45000-44700
Pfund Sterling 203000
Französische Franken 2700
Belgische 2350
Schweizerische 8250-8350
Deutsche Mark 2.15
Oesterreichische Kronen 2.65-2.60
Tschechische Kronen 1325
Lira 2150-2145
Rumänische Lei 300
Millionówka 1800
Schecks auf Wien 0.64
Schecks auf Berlin 2.18-2.14
Goldrubel 26000
Silberrubel 18500

Lodzer Geld-Börse.

Lodz, den 9. März 1923.

Dollars der Vereinigten Staaten (bar) — gezahlt	44000
— gefordert 44250 — Transaktionen —	
Dollars der Vereinigten Staaten (Schecks) — gezahlt	42350
— gefordert 42750 — Transaktionen —	
Belgische Franken (Schecks) — gezahlt 2340 — ge-	
fordert 2360 — Transaktionen —	
Französische Franken (Schecks) — gezahlt 2690 —	
gefordert 2710 — Transaktionen —	

Schweizerische Franken (Schecks) — gezahlt 8250 —	
gefordert 8300 — Transaktionen —	
Pfund Sterling (Schecks) — gezahlt 208000 ge-	
fordert 208100 — Transaktionen —	
Oesterreichische Kronen (Schecks) — gezahlt 1.63 1/2	
gefordert 1.64 1/2 — Transaktionen —	
Tschechische Kronen (Schecks) — gezahlt 1330 — ge-	
fordert 1350 — Transaktionen —	
Deutsche Mark (bar) — gezahlt 2.00 — gefordert	
2.10 — Transaktionen —	
Deutsche Mark (Schecks) — gezahlt 1.97 1/2 — ge-	
fordert 2.00 — Transaktionen —	
Millionówka 1735.	

Deutsches Theater im Scala

Dir. S. Kupermann.

Sonntag, den 11. März 1923, nachm. 3.30 zum letzten Mal!

„Antren“

Komödie in 3 Akten von Robert Bracco.

Um 6 Uhr große Premiere!
Zur Aufführung gelangt die erschütternde Tragödie
in 5 Akten von Anton Wildgans.

„Armut“

Sensationserfolg in Wien und Berlin.
Billets an der Kasse.

740

Hauptgeschäftsführung: Adolf Kargel.

Verantwortlich für Politik: Hugo Wiczorek; für Lokales und
den übrigen unpolitischen Teil: Adolf Kargel. — Druck und Ver-
lag: Verlagsgesellschaft „Libertas“ m. b. H. Verlagsdirektor
Dr. Eduard v. Behrens.

Sonntag, den 11. März, um 12 Uhr nachmittags
im Theater „Casino“, Petrikauer Str. 67,
3. Märchen-Vorstellung
für Kinder und Jugend.

In dem aus 20 Punkten bestehenden Programm:
„Kopciuszek“ (Hänsel und Gretel) | **„Zima“ (Der Winter)**

Märchen mit Tanz in 3 Bildern.

Karten an der Kasse des „Casino“ täglich ab 4/—, 10, am Tage der Vorstellung ab 10 Uhr früh zu haben.

Deutscher Schul- u. Bildungsverein
Sonntags, den 10. d. s. Mts. 8 Uhr abends,
in der Aula des Deutschen Realgymnasiums
Vortrag des Prof. Dr. Pax aus Breslau
über
**„Die Wandlungen in der heimischen Tierwelt
seit der Eiszeit.“**
Eintrittskarten (à 5000 Mk., 3000 und 1000 Mk.) im Vorverkauf
in der Buchhandlung des Herrn Erdmann, Petrikauer Str. 107, am Tage
des Vortrages an der Kasse.
Bemerk.: Prof. Pax wird seine Ausführungen durch Lichtbilder
veranschaulichen.

Brauerei
Gustav Reilich
Orla-Str. 25
Telephon 25 empfiehlt:
ihre „Hausmarke“
 „Hausmarke“
„Frisch vom Faß“
Pilsner und Münchner
Bier in Siphons
in vorzüglicher Güte
frei ins Haus.

Kirchengesangsverein
„Cantate“
Sonntag, den 11. d. s. Mts. findet
im Vereinslokale, Kilinskię 139,
um 6 Uhr nachm. das
19. Stiftungs-Fest
mit reichhaltigem Programm statt, wozu alle Mit-
glieder sowie Mitglieder befreundeter Vereine,
Freunde und Gönner des Vereins höflich eingeladen
werden.
Die Verwaltung.
N. B. Nach dem Programm gemüthliches Beisam-
mensein.

SIBUNION
garantiert für die Güte der Ware — Ueberall zu haben
englischer
Tee und Kakao
in Päckchen zu 1/2, 1/4, 1/8 Pf. — in Büchsen zu 1/2, 1/4, 1/8 Pf., 1/2, 1/4, 1/8 Pf.
in Original-Verpackung.
Engros-Verkauf: Warichau, Bielańska 13,
Tel. 105-72, 258-14, 507-88.
Ableitungen: Poznań, Garncarska 3
Lwów, Batorego 36
Danzig, Langenmarkt 15
in Krakau
und Wilna.

WYGODA, Petrikauer 238.
Die neuesten Hacois in Damen, Herren und Kinder-
garderoben, Manufakturwaren sowie Schuhwaren in
Größer Auswahl vorhanden.
Bemerkung: Bestellungen werden in den eigenen
Werkstätten binnen 4 Tagen ausgeführt. (Billialen be-
ziehen wir nicht).

Beyer's Mode-Führer
mit großem Schnittbogen
Frühjahr — Sommer 1923 — Band I
enthält über 260 kleinf. Modelle für die Damenkleidung
Band II über 270 für Jungmädchen und Kinder.
Die schönste u. reichhaltigste Modenschau!
Preis des Bandes 3000 Mk. (freibleibend)
und 250 Mk. für Porto.
Versand gegen Voreinsendung des Betrages.
Hauptverteilung in Polen:
Leonard Pfitzner, Poznań, Ul. Grobla 25a.
Vertreter für Lodz und Umgegend gesucht.

Polonistka
z wyższym wykształceniem udziela lek-
cji i korepetycji. Andrzej 7, m. 8.

Katenzahlung
Damen-, Herren-, Kinder-
und Bettwäsche, Gar-
dinen usw. Julius
Kraus 27, rechte Offi-
cine, 3. Stock.

Philologisches
Mädchengymnasium
L. Solowlejsky-
Magalit
Lodz, Wschodnia 62.
sucht qualifizierten
Lehrer(in)
der deutschen Sprache.
Zu melden täglich von
9-1 Uhr mittags.
Die Direktion.

Möbel.
Komplette Speisezimmer,
Soja, Sessel, Schlaffsofa,
Tisch, verläufe billig. Ma-
nifesta 17, B. 8.

Kostenloses Adressenmaterial
von österreichischen Fabrikanten liefert jenen pol-
nischen Firmen, welche österreichische Erzeugnisse
zu kaufen wünschen. Annoncenbüro „Ira“ Ges.
m. b. H. Wien IV., Große Neugasse 15.
Oesterreich.

Besseres
Stuben-
Mädchen
mit guten Zeugnissen für
lofort gesucht. Panksta 83,
B. 16. Best.